

# die schweizer wirtschaft 2012/2013

# Die Schweizer Wirtschaft 2012/2013

03	
Vorwort	03 Vorwort von Rudolf Wehrli und Rudolf Minsch
	04 Repositionierung von economiesuisse
08	
Kernthemen	08 Allgemeine Wirtschaftspolitik
	10 Aussenwirtschaftspolitik
	12 Steuern
	14 Finanzen
	16 Infrastruktur
	18 Energie und Umwelt
	20 Bildung und Forschung
	22 Regulatorisches
	24 Wettbewerb
	26 Kommunikation und Kampagnen
30	
Über economiesuisse	30 Über economiesuisse
	32 Mitglieder
	36 Vorstandsausschuss
	37 Vorstand
	39 Kommissionen und Arbeitsgruppen
	40 Geschäftsführerausschuss
	41 Geschäftsleitung
	42 Geschäftsstellen
	43 Nationale und internationale Kontakte
	44 Aktivitäten Juli 2012 bis Juni 2013

## 2013: Ein anspruchsvolles Jahr für die Wirtschaft und den Dachverband.

Die Schweizer Wirtschaft hat sich in diesem Jahr trotz anhaltender Krisenstimmung in Europa gut behauptet. Zu verdanken ist dies vor allem der Binnenwirtschaft, während die exportorientierten Unternehmen mit der rückläufigen Nachfrage in vielen europäischen Ländern zu kämpfen haben. Die Erschliessung neuer Absatzmärkte ist der beste Weg, dies auszubalancieren. Deshalb ist das Freihandelsabkommen mit China ein Meilenstein in der Aussenwirtschaftspolitik der Schweiz. Weitere Abkommen mit wichtigen Wachstumsmärkten müssen vorangetrieben werden.

Dies ist jedoch nur ein Baustein für die nachhaltige Konkurrenzfähigkeit der Schweiz im internationalen Standortwettbewerb. Ebenso wichtig sind eine wirtschaftsverträgliche Umsetzung der Neuausrichtung der Energiepolitik und eine zügige Reform der Unternehmensbesteuerung, damit die Schweiz ihre Trümpfe nicht verspielt. Zu diesen zählen auch unser duales Bildungssystem und der flexible Arbeitsmarkt: Beide tragen sehr viel dazu bei, dass die Arbeitslosenquote im europäischen Vergleich auf einem sehr

tiefen Stand verharrt. Diese Errungenschaft ist jedoch durch mehrere politische Vorstösse infrage gestellt. Sowohl die 1:12- als auch die Mindestlohninitiative drohen die Schweiz von ihrem erfolgreichen Kurs abzubringen.

In der Beziehung zur Europäischen Union stehen 2013 und 2014 ebenfalls wichtige Entwicklungen an. Der kürzlich erfolgte Abschluss eines Wettbewerbsabkommens mit der EU zeigt, dass der bilaterale Weg noch nicht am Ende ist. Die Schweiz ist der dritt wichtigste Handelspartner für die EU – entsprechend selbstbewusst sollte sie in dieser Frage auftreten und pragmatische Lösungen einfordern. Gleichzeitig dürfen das Personenfreizügigkeitsabkommen und damit das bilaterale Vertragspaket mit der EU innenpolitisch nicht zur Disposition gestellt werden. Die Initiative der SVP «gegen Masseneinwanderung», über die das Stimmvolk im Jahr 2014 abstimmen wird, lehnt economiesuisse deshalb entschieden ab.

Im Frühjahr 2013 hat economiesuisse einen Prozess zur Repositionierung des Verbands eingeleitet. Die Prioritä-

ten, Strukturen und Abläufe sollen überprüft werden. Dabei gilt es, auch die Kommunikation des Verbands nach innen und aussen zu stärken.

Sowohl im Präsidium als auch in der Geschäftsleitung gibt es 2013 einen Führungswechsel. Dr. Rudolf Wehrli stellt das Präsidium des Dachverbands per Ende August zur Verfügung. Der langjährige Direktor Dr. Pascal Gentina verliess den Verband Mitte Juni. Wir danken Pascal Gentina für sein grosses und unermüdliches Engagement. Interimistisch hat Prof. Dr. Rudolf Minsch, Chefökonom von economiesuisse, den Vorsitz der Geschäftsleitung übernommen.

Die Wirtschaft – vom KMU bis zum Grossunternehmen – braucht eine starke Stimme in Politik und Öffentlichkeit. economiesuisse setzt sich ein für ein freiheitliches und marktwirtschaftliches Umfeld, damit die Schweizer Unternehmen auch in Zukunft erfolgreich wirtschaften können.

Zürich, August 2013

**Dr. Rudolf Wehrli**  
 Präsident



**Prof. Dr. Rudolf Minsch**  
 Vorsitzender der Geschäftsleitung a.i.



## Repositionierung von economiesuisse. Brücken bauen und überzeugen – für einen starken Wirtschaftsstandort Schweiz.



«Die wichtigste Aufgabe des Wirtschaftsdachverbands ist es, zwischen Wirtschaft und Politik zu vermitteln und dort, wo sich Risse zeigen, stabile Brücken zu bauen.»

DR. RUDOLF WEHRLI

### Wichtige Rolle als Vermittlerin

«Braucht es economiesuisse noch?» In den vergangenen Monaten wurde diese provokative Frage von verschiedenen Medien gestellt. Sie fusst nicht allein auf dem Ergebnis der Abstimmung vom 3. März über die Minder-Initiative, sondern auf der allgemeinen Beobachtung, dass sich Wirtschaft und Politik in den vergangenen Jahren zunehmend auseinandergeliebt haben. Für eine demokratische Gesellschaft und das Bemühen um einen nachhaltig erfolgreichen Wirtschaftsstandort ist diese Tendenz fatal. Damit ist die Frage aber auch bereits beantwortet: economiesuisse braucht es heute und in Zukunft mehr denn je. Denn die wichtigste Aufgabe des Wirtschaftsdachverbands ist es, zwischen den beiden Welten zu vermitteln und dort, wo sich Risse zeigen, stabile Brücken zu bauen.

### Gute Rahmenbedingungen, von denen alle profitieren

Konkret will economiesuisse mithelfen, die Rahmenbedingungen für unseren Wirtschaftsstandort so zu gestalten, dass die hiesigen Unternehmen innovativ und erfolgreich sein können. Und dieser Erfolg ist nicht Selbstzweck – er ist die Grundvoraussetzung dafür, dass in der Schweiz ausreichend interessante Arbeitsplätze zu fairen Bedingungen angeboten werden können. Angesichts einer sich stetig verschärfenden internationalen Standortkonkurrenz ist es besonders wichtig, dass die Politik dieses Ziel nie aus den Augen verliert. Doch welche Rahmenbedingungen sind für die ganze Volkswirtschaft die richtigen? economiesuisse hat die anspruchsvolle Aufgabe, die Interessen der zahlreichen Branchen und Betriebe abzuwägen und zu bündeln. Auch in dieser Rolle tritt der Dachverband als Brückenbauer auf: als Vermittler zwischen KMU und Grosskonzernen, zwischen Finanz-, Werk- und Denkplatz, aber auch zwischen export- und binnenmarktorientierten Unternehmen. Was von economiesuisse im politischen Entscheidungsprozess vertreten wird, sind keine Partikularinteressen, sondern Lösungen, die letztlich für den Wohlstand und eine gedeihliche Entwicklung der ganzen Schweiz von Nutzen sind.

**VORWORT**

ALLGEMEINE WIRTSCHAFTSPOLITIK  
 AUSSENWIRTSCHAFTSPOLITIK  
 STEUERN  
 FINANZEN  
 INFRASTRUKTUR  
 ENERGIE UND UMWELT  
 BILDUNG UND FORSCHUNG  
 REGULATORISCHES  
 WETTBEWERB  
 KOMMUNIKATION UND KAMPAGNEN  
 ÜBER ECONOMIESUISSE

**Fokus auf die wichtigsten Themen**

Diese Mission definiert den Aufgabenbereich von economiesuisse. In Zukunft soll dies noch deutlicher sichtbar werden. Beispielsweise, indem der Wirtschaftsverband nicht nur auf laufende Entwicklungen reagiert und politische Vorstösse bewertet, sondern indem er vermehrt eigene Vorschläge macht und nach realisierbaren Lösungen sucht – undogmatisch und praxisorientiert. Mit anderen Worten: Idealismus beim Formulieren einer Idee – Pragmatismus und Augenmass bei deren Umsetzung. Dieser Einsatz für den Wirtschaftsstandort als Ganzes heisst aber auch, dass sich der Verband nicht für alle Themen gleich stark engagieren kann. Problemstellungen, die nur einen Teilbereich der Wirtschaft betreffen, sollen künftig vermehrt von den jeweiligen Branchenverbänden behandelt werden. Die Kompetenzen von economiesuisse liegen bei den übergeordneten wirtschaftspolitischen Themen wie beispielsweise Finanz- und Steuerpolitik, Konjunktur- und Geldpolitik, Europa- oder Infrastrukturpolitik. Um Doppelpurigkeiten zu vermeiden, wird die Zusammenarbeit mit den Branchenorganisationen und den kantonalen Industrie- und Handelskammern künftig noch enger gepflegt. Auch mit den anderen Dachverbänden, insbesondere mit dem Arbeitgeber- und dem Gewerbeverband, bemüht sich economiesuisse um eine optimale Kooperation.

**Stärkung der Glaubwürdigkeit**

In Politik und Öffentlichkeit kann sich economiesuisse dann erfolgreich für einen starken Standort Schweiz einsetzen, wenn der Verband über ein hohes Mass an Glaubwürdigkeit verfügt. Seine Stimme hat dann Gewicht in der politischen Debatte, wenn seine Fachkompetenz respektiert und seine Argumente verstanden werden. Beides muss täglich neu erarbeitet werden. Ein wichtiges Rezept dafür ist glaubwürdige Kommunikation: Transparenz und klare, nachvollziehbare Botschaften. Das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Schweizer Wirtschaft hängt allerdings nicht allein von der Positionierung von economiesuisse ab. Vielmehr muss die Akzeptanz ganz grundsätzlich wieder gestärkt werden. Viel zu oft wird «die Wirtschaft» heute gar nicht mehr in ihrer ganzen Vielfalt wahrgenommen, sondern auf Grosskonzerne und prominente Manager reduziert. Diese Sicht wird der Realität nicht gerecht und ist auf Dauer schädlich. economiesuisse will dazu beitragen, in Zukunft ein anderes Bild zu prägen: die Wirtschaft als Gesamtsystem, in dem alle Menschen – sei es als Unternehmerin, Arbeitnehmer oder Konsument – eine wichtige Rolle spielen. Und von dessen Stärkung sie deshalb auch alle profitieren. Nur so wird es gelingen, auch in Zukunft Mehrheiten zu finden für jene Ideen, welche die Schweiz wirklich weiterbringen.

**Einsatz für den Wirtschaftsstandort**

Während 14 Jahren setzte sich Dr. Pascal Gentinetta unermüdlich für den Wirtschaftsstandort Schweiz ein. Zuerst als Leiter des Bereichs Finanz- und Steuerpolitik, ab 2007 als Vorsitzender der Geschäftsleitung.

Unter seiner Leitung setzte economiesuisse 2007 eine neue Strategie unter dem Motto «Mehr Zusammenhalt, mehr Schlagkraft» um. Ihm war wichtig, dass der Wirtschaftsdachverband im gesamtwirtschaftlichen Interesse handelt und sich klar dem Unternehmertum verpflichtet, im Kleinen wie im Grossen. Er orientierte sich dabei stets an einer liberalen Marktwirtschaft.

Während seiner Zeit als Direktor stieg die Mitgliederzahl des Verbands kontinuierlich an. Innerhalb Europas vernetzte Pascal Gentinetta economiesuisse mit den wichtigsten Wirtschaftsverbänden und positionierte die Schweizer Wirtschaft im Ausland mit ihren «Exportschlagern» wie der Schuldenbremse, dem dualen Bildungssystem und der Innovationskraft.

Auch an der Urne gelangen ihm, zusammen mit seinem Team, zahlreiche Erfolge wie beispielsweise die Einführung der Schuldenbremse, die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit mit der EU und die Unternehmenssteuerreform II (KMU-Steuerreform).

Pascal Gentinetta verliess den Verband im Juni 2013. Wir danken ihm für seinen grossen Einsatz.

# Engagement für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort Schweiz. **economiesuisse** bringt KMU und Grossunternehmen, export- und binnenmarktorientierte Betriebe, Verbände und Handelskammern zusammen.



«economiesuisse setzt sich dafür ein, dass die guten Rahmenbedingungen für ein erfolgreiches Unternehmertum gewährleistet bleiben.»

FRANZISKA A. TSCHUDI SAUBER (3)  
CEO, WICOR HOLDING AG, RAPPERSWIL SG





«economiesuisse muss sich für die Interessen der Wirtschaft einsetzen und eine Brücke zu Politik und Öffentlichkeit gewährleisten.»

URS BERGER (9)  
PRÄSIDENT, SCHWEIZERISCHER  
VERSICHERUNGSVERBAND (SVV), ZÜRICH



«Unsere Kernaufgabe ist, die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Schweiz zu steigern.»

HARRY HOHMEISTER (12)  
CEO SWISS, SWISS INTERNATIONAL  
AIR LINES AG, ZÜRICH-FLUGHAFEN



1 DOMINIK BÜRGY, Präsident, Treuhand Kammer, Zürich 2 HEINZ KARRER, Präsident, swisselectric, Bern 3 FRANZISKA A. TSCHUDI SAUBER, CEO, WICOR Holding AG, Rapperswil SG 4 KURT ROHRBACH, Präsident, Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen, Aarau 5 KASPAR E.A. WENGER, CEO, Holcim (Schweiz) AG, Zürich 6 MICHAEL AGORAS, Country Manager Switzerland, Adecco Human Resources AG, Glattbrugg 7 OLIVIER STEIMER, Präsident des Verwaltungsrats, Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne 8 DR. ANDREAS BURCKHARDT, Verwaltungsratspräsident, Bâloise Holding AG, Basel 9 URS BERGER, Präsident, Schweizerischer Versicherungsverband (SVV), Zürich 10 ROLF SCHWEIGER, Präsident, Fédération der Schweizerischen Nahrungsmittelindustrien FIAL, Bern 11 THOMAS ISLER, Vizepräsident und Delegierter des Verwaltungsrats, Gessner Holding AG, Wädenswil 12 HARRY HOHMEISTER, CEO Swiss, Swiss International Air Lines AG, Zürich-Flughafen

## Binnenmarkt als Konjunkturmotor. Die Schweizer Wirtschaft behauptet sich in einem nach wie vor sehr schwierigen internationalen Umfeld.



### ALLGEMEINE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Wirtschaftspolitik ist in erster Linie Ordnungspolitik im Sinne der Festlegung eines freiheitlichen institutionellen Regelwerks und eines innovationsfreundlichen Anreizsystems für Haushalte und Unternehmen. Dabei muss sich die nationale Wirtschaftspolitik stets im internationalen Standortwettbewerb bewähren.

Kontakt: Prof. Dr. Rudolf Minsch  
rudolf.minsch@economicsuisse.ch



«Um die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Hotellerie zu verbessern, sind die Branche und die Politik in der Pflicht, die Weichen richtig zu stellen.»

GUGLIELMO L. BRENTEL,  
PRÄSIDENT HOTELLERIESSUISSE

### Eurokrise und kein Ende

Europa befindet sich 2013 weiterhin im Krisenmodus. Nachdem im vergangenen Jahr vor allem die griechische Misere die Schlagzeilen beherrschte, folgte in diesem Frühjahr der Beinahestaatsbankrott Zyperns. Weitere, ähnliche Fälle sind leider keineswegs auszuschliessen. Die Entwicklung zeigt, dass eine rasche Bereinigung der Verschuldungsproblematik auf absehbare Zeit Wunschdenken bleibt. Für die Schweizer Exportwirtschaft verheisst dies wenig Gutes. 2012 war die Nachfrage in den europäischen Absatzmärkten deutlich rückläufig, was in vielen Betrieben Anpassungen erforderte. Dieser Transformationsprozess prägt auch das laufende Jahr. Denn die Steigerung der Produktivität, die Fokussierung auf Innovation und das Erschliessen neuer Absatzmärkte benötigen Zeit. Die vergleichsweise stabilen Zahlen der Schweizer Wirtschaft belegen aber, dass die Unternehmen ihre Hausaufgaben gut lösen. Eine wichtige Hilfe ist ihnen dabei die Wechselkursuntergrenze zum Euro, welche die Schweizerische Nationalbank (SNB) weiterhin erfolgreich verteidigt. Trotz Kritik aus dem Ausland ist es richtig, dass die SNB an dieser geldpolitischen Notmassnahme vorläufig festhält, denn zum aktuellen Kurs ist der Franken gegenüber dem Euro noch immer um mindestens zehn Prozent überbewertet.

### Robuste Nachfrage im Inland – auch dank der Zuwanderung

Dass die Schweizer Wirtschaft trotz widriger Umstände 2012 um ein Prozent zulegen konnte, ist vor allem dem Binnenmarkt zu verdanken. Es waren insbesondere die Bauwirtschaft, der Detailhandel und verschiedene Dienstleistungsbranchen, die ein positives Jahr verzeichnen konnten. Das ist nicht zuletzt auf die Zuwanderung zurückzuführen. Im Sommer 2012 hat die Schweizer Wohnbevölkerung die Acht-Millionen-Grenze überschritten. Die grösstenteils hoch qualifizierten und entsprechend gut verdienenden Zuwanderer sorgen für eine steigende Nachfrage, nicht nur auf dem Wohnungsmarkt.

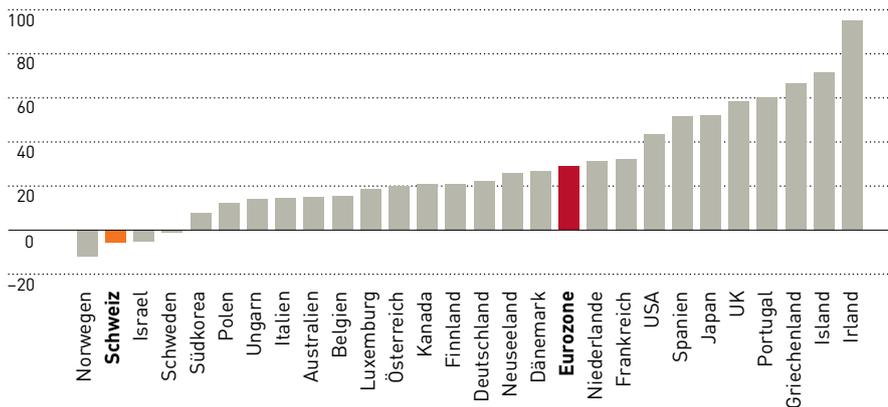
Weniger rosig präsentiert sich die Lage für die Finanzdienstleister. Die Phase der strukturellen Anpassungen nach der Bankenkrise von 2008 ist immer noch nicht abgeschlossen und das andauernde Tauziehen um das Bankkundengeheimnis sorgt für Rechtsunsicherheit. Auch im Tourismussektor gibt es wenig Anlass zur Freude. Hier machen sich die Probleme in wichtigen Märkten ebenso bemerkbar wie der weiterhin zu starke Franken.

### Risiken bleiben bestehen

Die Schweizer Wirtschaft bewegt sich nach wie vor auf einem schmalen Grat zwischen bescheidenem Wachstum und schmerzhaften Einschnitten. Die grössten Risiken zeigen sich derzeit auf drei Gebieten: Erstens besteht nach wie vor die Möglichkeit, dass sich die Eurokrise weiter verschärft – beispielsweise dann, wenn Griechenland die Eurozone verlassen müsste. Zweitens ist die weitere Entwicklung des Nahostkonflikts sehr schwierig abzuschätzen. Die Gefahr einer Eskalation und regionalen Ausweitung des Kriegs in Syrien ist grösser geworden. Drittens mehren sich die Anzeichen für eine Immobilienblase in der Schweiz. Die Preise für Wohneigentum sind insbesondere in den Grossregionen Zürich und Arc Lémanique in den vergangenen Jahren und Monaten unaufhörlich und mancherorts über ein gesundes Mass hinaus gestiegen. Allerdings ist gerade in diesen Regionen die Nachfrage aufgrund des Bevölkerungswachstums nachhaltig hoch. Ausserdem gilt es abzuwarten, welche Auswirkungen die Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative und die Revision des Raumplanungsgesetzes auf die Bautätigkeit haben.

## Zunahme der Bruttoschulden

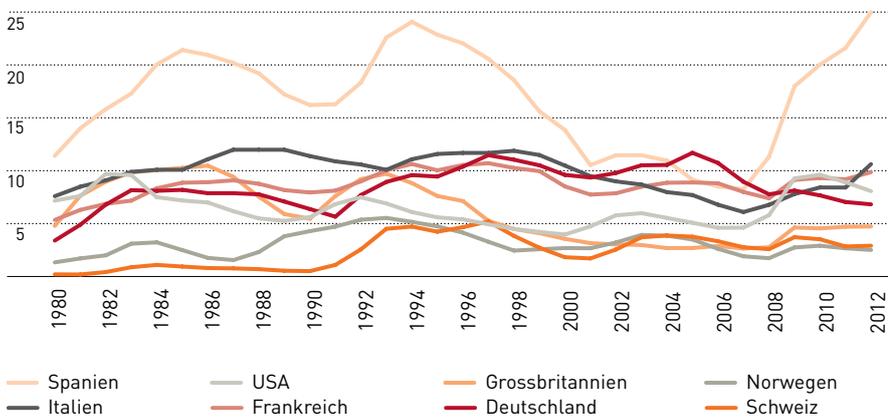
2007 bis 2012, in Prozentpunkten des Bruttoinlandsprodukts



Quelle: OECD Economic Outlook November 2012.

## Entwicklung der Arbeitslosenquote in ausgewählten Staaten

In Prozent



Quelle: Thomson Reuters Datastream.

## Globale Vernetzung und fortschrittlichere Agrarpolitik

Die Schweiz kann den genannten Risiken grundsätzlich am besten begegnen, indem sie sich auf ihre Stärken besinnt. Im Zentrum dieser Bemühungen steht die Offenheit und globale Vernetzung des Wirtschaftsstandorts. Die Erschliessung neuer Absatzmärkte ist der beste Weg, das Wegbrechen der Nachfrage in Europa auszubalancieren. Leider kommt der Schweiz hierbei immer wieder ihre protektionistische Agrarpolitik in die Quere. Immerhin sind in diesem Bereich gewisse Fortschritte erkennbar. Mit der Verabschiedung der Agrarpolitik 2014 bis 2017 im Parlament ist es gelungen, die Schweizer Landwirtschaft in eine ökologischere und – zumindest schrittweise – in eine marktgerechtere Richtung zu steuern. Das dürfte sich auf die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Landwirtschaft tendenziell positiv auswirken. Der Weg ist aber noch weit.

### Abbildung 1

Die Verschuldungskrise hat Europa weiterhin fest im Griff und wird den Schweizer Aussenhandel noch längere Zeit negativ beeinflussen.

### Abbildung 2

Trotz hoher Zuwanderung bleibt die Schweiz eines jener Länder mit der weltweit tiefsten Arbeitslosenquote.



«Das beste Mittel gegen Nachfragerückgänge aus Europa ist die Erschliessung neuer Absatzmärkte.»

DR. ROLF SOIRON,  
 PRÄSIDENT DES VERWALTUNGSRATS  
 HCLM LTD. UND LONZA LTD.

## Aussenwirtschaftspolitik beeinflusst den künftigen Wohlstand in der Schweiz. Besserer Marktzugang im Ausland und erstklassige Rahmenbedingungen im Inland sind zentral für die Exportunternehmen.



### AUSSENWIRTSCHAFTSPOLITIK

Die global ausgerichtete Schweizer Wirtschaft ist auf einen diskriminierungsfreien Marktzugang sowie den Schutz ihrer Investitionen im Ausland angewiesen. Die Verfolgung und Verwirklichung aussenwirtschaftlicher Interessen sollten ein zentrales Element der Aussenpolitik sein.

Kontakt: Dr. Jan Atteslander  
jan.atteslander@economiesuisse.ch



«Die Schweiz soll sich für ein Freihandelsabkommen mit den USA einsetzen.»

HANS HESS,  
VIZEPRÄSIDENT ECONOMIESUISSE,  
PRÄSIDENT SWISSMEM

### Schutz vor Protektionismus

Seit Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise verfolgen immer mehr Staaten eine Politik der Marktabstottung. Direkt betroffen davon sind Schweizer Exportunternehmen. Die Schweiz darf auf keinen Fall selbst solche Massnahmen ergreifen – im heutigen Umfeld der globalisierten Wertschöpfungsketten würde das der Wettbewerbsfähigkeit der einheimischen Firmen schaden. Stattdessen sollte unser Land weiterhin auf multi- und bilaterale Handelsliberalisierung setzen. Gleichzeitig sind rechtliche Gegenmassnahmen zu ergreifen, wenn einzelne Staaten gegen WTO-Recht verstossen und damit die Interessen von Schweizer Unternehmen schädigen.

### Abkommen mit China ist ein starkes Signal für Freihandel

Das Freihandelsabkommen mit China ist ein Meilenstein der Schweizer Aussenwirtschaftspolitik. China ist mit seiner Grösse und Wachstumsdynamik ein Schlüsselmarkt – sowohl für Grossunternehmen als auch für KMU aus der Schweiz. Das Freihandelsabkommen baut Zölle und administrative Hürden ab und stärkt den Schutz des geistigen Eigentums. Das ist für die innovationsbasierte Wirtschaft der Schweiz ebenso zentral wie für China – dem weltweit grössten Exporteur von Hightechprodukten. Mit dem Abkommen setzt China ein deutliches Signal gegen den Protektionismus und unterstreicht den Willen zu weiteren Marktöffnungen. Im Vorfeld der neunten WTO-Ministerkonferenz von Ende Jahr ist das auch eine gute Nachricht für die Weltwirtschaft.

### Freihandelsabkommen der Schweiz

Mit wichtigen Wachstumsmärkten wie Indien, der Zollunion Russland-Weissrussland-Kasachstan und den schnell wachsenden asiatischen Märkten wie Vietnam, Malaysia und Indonesien sind weitere Abkommen auszuhandeln. Auch mit den USA oder Brasilien sind Verbesserungen beim Marktzugang von strategischer Bedeutung. Momentan verhindert der hiesige Agrarprotektionismus Verhandlungen mit den beiden Ländern. Langfristig ist die überhöhte Abschottung jedoch kein Zukunftsmodell für die Schweizer Landwirtschaft. Das zeigen die Exporterfolge der Schweizer Agrarprodukte und Lebensmittel. Bei einer angepassten Agrarpolitik ergeben sich durch Freihandelsabkommen und die Weiterentwicklung der WTO neue Märkte für die Schweizer Bauern. Diese Chance darf nicht verpasst werden.

### EU – USA: Diskriminierungspotenzial ernst nehmen

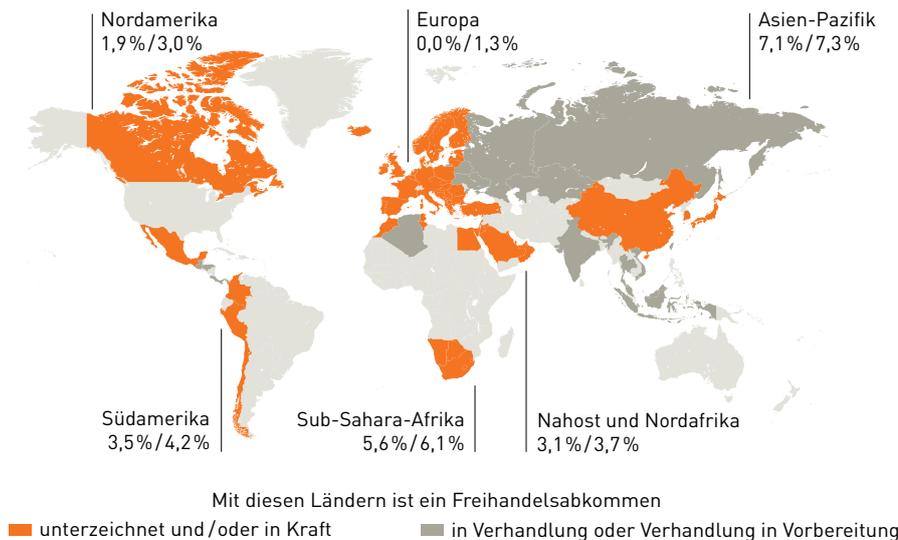
Die USA und die EU streben ein umfassendes Freihandelsabkommen an. Dadurch würde die weltweit grösste Freihandelszone entstehen. Da dieses Abkommen einen weitgehenden Abbau von nichttarifären Hindernissen beinhalten soll, entsteht für den Schweizer Wirtschaftsstandort ein beträchtliches Diskriminierungspotenzial. Konkrete Massnahmen zur Verbesserung des Marktzugangs in die USA und die EU sind daher bald auf die Agenda zu setzen.

### Bedeutung von effizienten Zollprozessen

Der Beitrag des Zollwesens zur Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und zur wirtschaftlichen Attraktivität eines Landes wird oft unterschätzt. Im Durchschnitt fallen pro Unternehmen mehrere Tausend Zolldeklarationen im Jahr an. economiesuisse begleitet das Projekt zur Überarbeitung der Zollveranlagungsprozesse (ZVP) mit dem Ziel, die Verfahren weiter zu vereinfachen. Eine effiziente Zollabwicklung dank elektronischer Zollprozesse ist von grosser Bedeutung.

## Wachstum

BIP-Wachstumsprognose 2013/2014



Quellen: Staatssekretariat für Wirtschaft, IMF, UN/DESA.

## Europapolitische Perspektiven der Schweiz

Die EU ist der wichtigste Handelspartner der Schweiz. Umgekehrt ist die Schweiz nach den USA und China drittgrösster Wirtschaftspartner der EU. Die Wirtschaft unterstützt bilaterale Abkommen im Agrar- und Lebensmittelbereich, im Chemikalienrecht und beim Stromhandel. Im Steuerbereich gilt es, die Standortqualität der Schweiz zu verbessern und gleichzeitig den Konflikt mit der EU zu lösen. Eine Verbesserung des gegenseitigen Marktzugangs für Finanzdienstleistungen ist im Interesse der Schweiz wie auch der EU und sollte daher in Angriff genommen werden.

Die EU-Kommission macht die Weiterentwicklung der bilateralen Abkommen im Bereich des gegenseitigen Marktzugangs jedoch von institutionellen Anpassungen abhängig. Aus Sicht der Schweiz braucht es pragmatische Lösungen, welche die Kriterien autonome Rechtsübernahme, Rechtssicherheit, Mitsprache und paritätische Streitschlichtung erfüllen. Auch BUSINESSEUROPE, der europäische Wirtschaftsdachverband, befürwortet ein pragmatisches Vorgehen im Verhältnis zur Schweiz klar.

## Bewährter bilateraler Weg auf der Testbank der Direktdemokratie

Der bilaterale Weg hat sich für die Schweiz und die EU mehr als bewährt. So dürfte das Schweizer Bruttoinlandsprodukt (BIP) allein dank der Personenfreizügigkeit um vier bis fünf Milliarden Franken gestiegen sein. Die Schweizer Wirtschaft ist auf gutes Personal aus dem EU-Raum angewiesen. Der Fachkräftemangel ist nicht nur ein Phänomen in der Schweiz. Es besteht ein internationaler Wettbewerb um die besten Arbeitskräfte. Daher lehnt die Wirtschaft die SVP-Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung» klar ab. Sie ist mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen und mit den Bilateralen I nicht vereinbar.

Abbildung 3

Die Schweiz verfügt über ein dichtes Netz von Freihandelsabkommen, das weiter ausgebaut werden soll.



«Mit Qualität und Innovation setzen sich Schweizer KMU im weltweiten Wettbewerb durch.»

BERNARD RÜEGER,  
 PRÄSIDENT AUSSENWIRTSCHAFTS-  
 KOMMISSION, PRÄSIDENT CHAMBRE  
 VAUDOISE DU COMMERCE ET DE  
 L'INDUSTRIE (CVCI)

## Vorausschauende Steuerpolitik gefragt. Reformen sind mit strategischer Weitsicht und pragmatischem Blick für das unmittelbar Notwendige voranzutreiben. Eigentore wie eine eidgenössische Erbschaftssteuer müssen vermieden werden.



### STEUERN

Im internationalen Vergleich ist die Steuerbelastung in der Schweiz moderat. Dieser Standortvorteil darf nicht aufs Spiel gesetzt werden. Um international an der Spitze zu bleiben, muss die Schweiz zur Verfügung stehende Freiräume nutzen und steuerliche Rahmenbedingungen laufend optimieren.

Kontakt: Dr. Frank Marty  
frank.marty@economiesuisse.ch



«Eine eidgenössische Erbschaftssteuer zusätzlich zur im internationalen Vergleich hohen Vermögenssteuer schwächt Familienunternehmen und gefährdet die Unternehmensnachfolge.»

DR. THOMAS STAEHELIN,  
PRÄSIDENT FINANZ- UND  
STEUERKOMMISSION,  
PRÄSIDENT HANDELSKAMMER  
BEIDER BASEL

Die Steuern stehen im Brennpunkt der aktuellen politischen Diskussion: Durch die Erbschaftssteuerinitiative droht den KMU grosser Schaden und die grundlegende Vereinfachung der Mehrwertsteuer scheint der politischen Mutlosigkeit zum Opfer zu fallen. Der international stark vernetzte schweizerische Werk- und Finanzplatz ist auf eine Klärung der Auseinandersetzungen im Steuerbereich angewiesen. Auch deshalb ist die Reform der Unternehmensbesteuerung für die Schweiz von vitaler Bedeutung.

### Internationaler Steuerwettbewerb mit Widersprüchen

Entwicklungen im internationalen Wettbewerb um Unternehmen und Kapital sind aktuell besonders widersprüchlich. Die Harmonisierungsbestrebungen von EU, OECD und G-20 sollen den Druck auf die finanzhungrigen Hochsteuerstaaten senken. Regulierungsversuche und extraterritoriale Rechtsanwendungen, etwa im Finanzbereich, erreichen ein nicht gekanntes Mass. Multilaterale Lösungen sollen den Wettbewerb ersetzen und gleich lange Spiesse für alle schaffen. Gleichzeitig verteidigen gerade die grossen Staaten aus Eigennutz gewisse Sonderregeln. So führt Grossbritannien eine neue «Patentbox» ein und Frankreich setzt seine hoch subventionierte Industriepolitik fort. Angelsächsische Trusts sollen vom automatischen Informationsaustausch ausgenommen werden, und amerikanische Gliedstaaten werden bezüglich Transparenzanforderungen bewusst unter dem Radar gehalten. In diesem Umfeld von Macht und Scheinheiligkeit muss sich die Schweiz behaupten.

### Reform der Unternehmensbesteuerung ist vital für die Schweiz

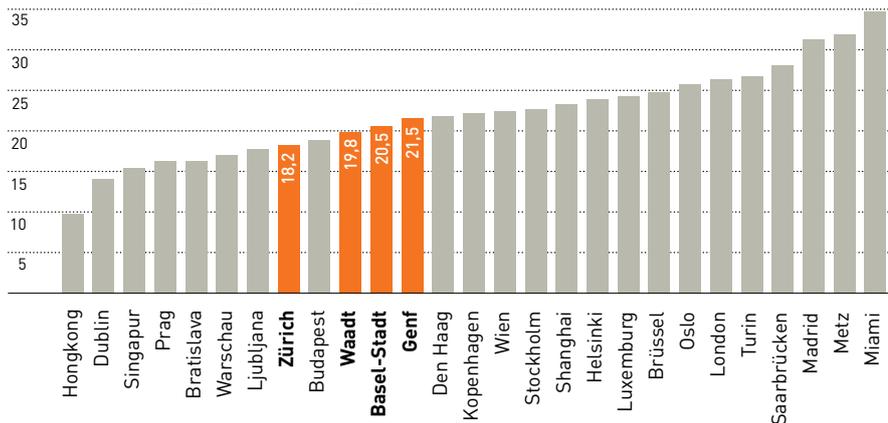
Investitionen in die steuerliche Attraktivität haben sich für die Schweiz ausgezahlt. Infolge zahlreicher Zuzüge steigen die Beiträge der Unternehmen zur Finanzierung des Staates seit Mitte der 1990er-Jahre überproportional an. Diese Erfolge sind gefährdet. Auf dem Spiel stehen Steuereinnahmen von über fünf Milliarden Franken und mehr als 150 000 Arbeitsplätze. Eskalierende Auseinandersetzungen mit der EU oder der OECD wären für die international stark vernetzte Schweizer Wirtschaft deshalb riskant. Andauernde Rechtsunsicherheit und einseitige Gegenmassnahmen würden bleibende Schäden anrichten. Eine rasche und weitsichtige Lösung hat staatspolitische Relevanz. economiesuisse spricht sich für ein zweistufiges Vorgehen aus, bei dem durch international weniger angreifbare Steuermodelle sowie gezielte Gewinnsteuersatzsenkungen der heutige Unternehmensbestand sichergestellt wird. Längerfristig muss der Fokus auf den weniger umstrittenen Gewinnsteuersätzen liegen. Im Unternehmenssteuer- wie im Finanzbereich werden letztlich die internationalen Regelungen entscheidend sein. Einem «level playing field» kann und soll sich die Schweiz nicht entziehen. Gleich lange Spiesse müssen jedoch auch für die grossen Staaten gelten.

### Politische Mutlosigkeit verhindert einfache Mehrwertsteuer

Bei der Mehrwertsteuer droht politische Mutlosigkeit, die der Wirtschaft seit Jahren versprochene grundlegende Vereinfachung zu verhindern. economiesuisse hat sich jahrelang dezidiert für eine einfache, moderne Mehrwertsteuer mit einem tiefen Einheitssatz und wenigen Steuerausnahmen eingesetzt. Dies aus der Überzeugung, dass eine solche Steuer für alle – Unternehmen wie auch Haushalte – kostengünstiger ist.

### Die Wirtschaftszentren im internationalen Vergleich

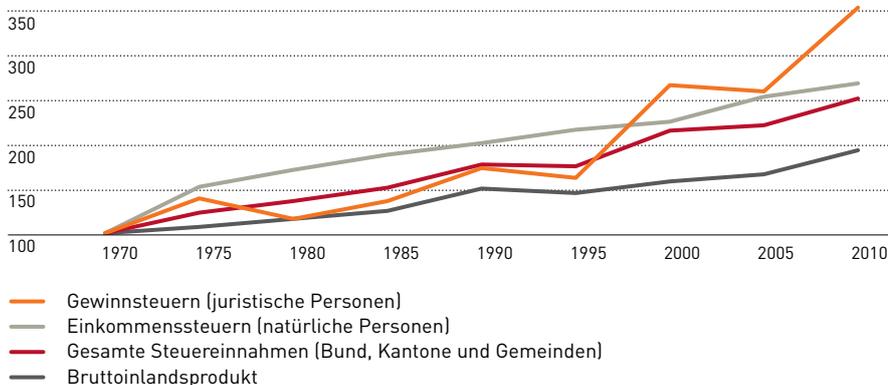
Effektive Steuerbelastung auf Gewinn und Kapital, in Prozent



Quelle: ZEW/BAK (2012). BAK Taxation Index 2011.

### Entwicklung der Steuereinnahmen im Vergleich zum BIP

1970 bis 2010, inflationsbereinigte und indexierte Werte



Quellen: Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV), Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco).

### Schädliche und nutzlose Erbschaftssteuer

Schaden droht der Wirtschaft – vor allem den KMU – durch die Volksinitiative für eine eidgenössische Erbschafts- und Schenkungssteuer. Die Initiative, die Vermögensübertragungen ab zwei Millionen Franken mit 20 Prozent belasten will, würde bei vielen Familienunternehmen eine Nachfolgeregelung erschweren. Das beunruhigt die Schweizer KMU stark. Auch die Kantone lehnen die Initiative ab, da sie einen wichtigen Pfeiler der kantonalen Steuerhoheit angreift. Für den Standort wäre die Steuer ein schlechtes Signal. Zusammen mit der Vermögenssteuer würde sie die Gesamtsteuerbelastung auf ein international hohes Mass anheben. Zwei Drittel der Einnahmen würden der AHV zukommen. Die absehbaren Finanzprobleme der AHV liessen sich dadurch allerdings bei Weitem nicht lösen. economiesuisse engagiert sich aus diesen Gründen gegen die schädliche und nutzlose Initiative.

**Abbildung 4**  
 Trotz Finanz- und Wirtschaftskrise geht der Wettbewerb um international tätige Unternehmen weiter. Der langjährige Trend zu tieferen Gewinnsteuersätzen hält an. Vergleicht man die effektive Steuerbelastung in den wirtschaftlichen Zentren, so liegt die Schweiz im Mittelfeld.

**Abbildung 5**  
 Die Erträge aus der Gewinnsteuer steigen seit 1995 klar stärker an als die anderen Steuereinnahmen oder das Bruttoinlandsprodukt.



«Die Schweiz braucht weiterhin attraktive steuerliche Rahmenbedingungen, sonst kommen keine neuen Unternehmen in die Schweiz oder es besteht die Gefahr des Wegzugs.»

DR. MARKUS R. NEUHAUS,  
 PRÄSIDENT DES VERWALTUNGSRATS,  
 PRICEWATERHOUSECOOPERS SCHWEIZ

## Die «fetten Jahre» der Bundesfinanzen sind vorbei. Hohe Mittelzuwächse und Ausgabenautomatismen belasten die Bundeskasse. Es braucht eine aktive Finanzpolitik im Rahmen der Schuldenbremse.



### FINANZEN

Um Steuererhöhungen und eine weitere Verschuldung zulasten künftiger Generationen zu vermeiden, muss der Bund eine massvolle Ausgabenpolitik auf Basis der Schuldenbremse betreiben. Strukturreformen, namentlich im Sozialbereich, sind unerlässlich.

Kontakt: Dr. Frank Marty  
frank.marty@economiesuisse.ch



«Nach finanzpolitisch guten Jahren ist eine aktive Finanzpolitik gefragt, die sich nicht scheut, sämtliche Bundesaufgaben einer Überprüfung zu unterziehen.»

PH. OLIVIER BURGER,  
CEO, PKZ BURGER-KEHL & CO. AG

Der Bund erzielte in den vergangenen Jahren trotz Finanz- und Wirtschaftskrise positive Rechnungsergebnisse. Die hohen Schulden der 1990er-Jahre wurden dank Überschüssen substanziiell reduziert. Nun scheint eine Trendwende einzusetzen. Bereits 2012 war der Überschuss nicht mehr auf höhere Einnahmen, sondern auf tiefere Ausgaben zurückzuführen. Für die kommenden Jahre sind rote Zahlen geplant, die teilweise von der Schuldenbremse nicht toleriert werden. Die Polster beim Bund scheinen abgebaut. Die Ursachen sind zum Teil einnahmenseitig (Steuerreformen zugunsten natürlicher Personen), vor allem aber ausgabenseitig zu finden. Parlamentsbeschlüsse und Automatismen treiben die Ausgaben in die Höhe, was zu Ungleichheiten führt bei den Bundesaufgaben.

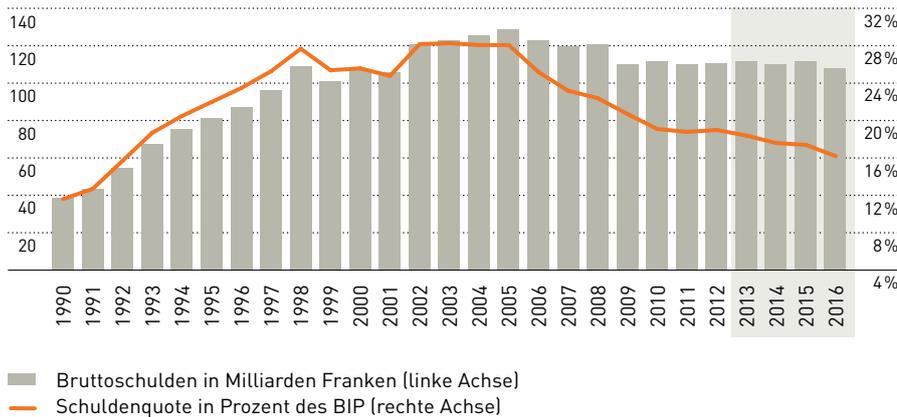
### Problematische Ungleichgewichte im Bundeshaushalt

Während langfristig betrachtet die meisten Bundesaufgaben stagnieren oder nur schwach wachsen, hat vor allem der Bereich der Sozialen Wohlfahrt in den letzten zwei Jahrzehnten stark zugelegt. Die Ausgaben sind heute dreimal höher als 1990. Im gleichen Zeitraum hat der gesamte Bundeshaushalt seine Ausgaben lediglich verdoppelt. Der finanzielle Spielraum der übrigen Bundesaufgaben wird durch diesen Prozess immer kleiner. Einzig Bildung und Forschung sowie neuerdings die internationale Entwicklungszusammenarbeit verzeichnen ein überdurchschnittliches Wachstum. Das Parlament hat diesbezügliche finanzpolitische Vorbehalte im letzten Jahr nicht berücksichtigt und trotz der sich abzeichnenden Engpässe hohe Mehrausgaben beschlossen. Das auf wenige Bereiche fokussierte Ausgabenwachstum stellt für die Haushaltsqualität und für den Bund ein Problem dar. Es führt zu politischem Druck, der sich aktuell im Zusammenhang mit den Armeeausgaben zeigt. Eine ausgewogenere Ausgabenverteilung verlangt, dass die von gesetzlichen Automatismen getriebene Dynamik der Sozialausgaben gebrochen wird und einseitige übermässige Ausgabensteigerungen zulasten der übrigen Aufgaben künftig nicht mehr stattfinden.

### Rückkehr zu einer aktiven Finanzpolitik

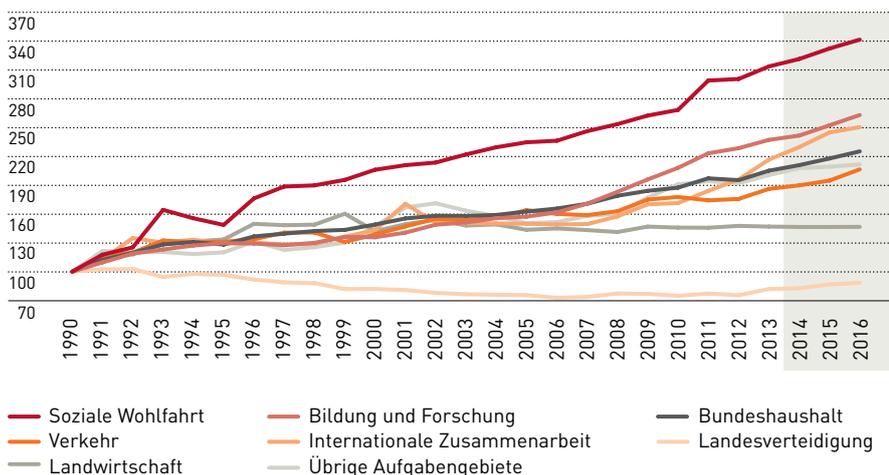
Der Bundesrat hat aufgrund der sich abzeichnenden Ungleichgewichte ein Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket (KAP) verabschiedet. Das KAP 2014 enthält Entlastungen, die zur Einhaltung der Schuldenbremse bis 2016 unumgänglich sind. Darüber hinaus haben Strukturreformen dauerhaften Charakter. Das Parlament hat im Erstrat das KAP 2014 abgelehnt und die unmittelbare Entlastungsaufgabe dem Bundesrat übertragen. economiesuisse hat sich früh und konsequent für das KAP 2014 eingesetzt. Konsolidierungsprogramme mögen wegen ihrer vor allem kurzfristigen Orientierung nicht perfekt sein, sie stellen aber den angemessenen Einbezug aller Aufgabenbereiche sicher und erlauben dennoch eine politische Prioritätensetzung. Automatische Korrekturen, wie sie nach dem gescheiterten KOP 2012 nun erneut im Raum stehen, wirken dagegen flächendeckend und beziehen die gesetzlich stark gebundenen Aufgabenbereiche wie die Soziale Wohlfahrt dennoch nicht ein. Die Sanierung der Bundesfinanzen nach 2003 gelang durch eine aktive Finanzpolitik. Die damaligen Korrekturen von fünf Milliarden Franken waren die Voraussetzung für die Einführung der Schuldenbremse. Das schaffte die Grundlage für die heute vergleichsweise gesunde finanzielle Lage, um die die Schweiz international beneidet wird. Nach den finanzpolitisch «fetten Jahren» sollte die Bundespolitik erneut zu einer aktiveren Finanzpolitik zurückfinden, die sich nicht scheut, auch politisch umstrittene Themen anzupacken. Neben einer aktiven Budgetpolitik im Rahmen der Schuldenbremse gehört die Weiterführung der Aufgabenüberprüfung an die erste Stelle.

### Entwicklung der Verschuldung des Bundes 1990 bis 2016, Bruttoschulden in Milliarden Franken, Schuldenquote in Prozent des BIP



Quelle: Eidgenössische Finanzverwaltung (2013), Finanzplan 2014 bis 2016.

### Ausgaben des Bundes 1990 bis 2016, Entwicklung der Ausgaben (1990 = 100)



Quelle: Eidgenössische Finanzverwaltung (2013), Finanzplan 2014 bis 2016.

#### Abbildung 6

Seit der Einführung der Schuldenbremse wurde die Schuldenquote des Bundes fast um die Hälfte gesenkt. Der Schuldenabbau entlastet den Bund dauerhaft. Die Einsparungen aufgrund der reduzierten Zinslast betragen derzeit eine Milliarde Franken.

#### Abbildung 7

Abbildung 7 zeigt die starke Expansion der Sozialen Wohlfahrt in den letzten zwei Jahrzehnten. Diese Ausgaben werden 2016 fast dreieinhalb Mal so hoch sein wie 1990. Die Gesamtausgaben des Bundes wuchsen im gleichen Zeitraum lediglich um den Faktor 2,2.



«Das überproportionale Ausgabenwachstum der Sozialen Wohlfahrt muss zugunsten der übrigen Bundesaufgaben gestoppt werden.»

PETER QUADRI,  
 PRÄSIDENT, ZÜRCHER HANDELSKAMMER

# Infrastrukturen als Rückgrat der Schweizer Wirtschaft. Qualitativ hochstehende Infrastrukturen müssen sich den Bedürfnissen der Wirtschaft anpassen.



## INFRASTRUKTUR

Zu den Infrastrukturen zählt neben dem Verkehr auch die Versorgung mit Telekommunikations- und Postdienstleistungen. Gut unterhaltene und funktionierende Infrastrukturen sind eine Voraussetzung für eine prosperierende Wirtschaft und ein entscheidender Standortfaktor.

Kontakt: Kurt Lanz  
kurt.lanz@economiesuisse.ch



«Wir müssen alles daran setzen, dass unsere Infrastrukturen auch künftig vollumfänglich den Bedürfnissen von Wirtschaft und Gesellschaft entsprechen.»

DR. HANSPETER RENTSCH,  
PRÄSIDENT INFRASTRUKTURKOMMISSION,  
MITGLIED DER KONZERNLEITUNG,  
THE SWATCH GROUP LTD

## Die Schweiz ist ein Infrastrukturland

Moderne und leistungsfähige Infrastrukturen leisten einen wichtigen Beitrag an die hohe Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz. Gemäss dem Global Competitiveness Report des WEF verfügt die Schweiz über die weltweit beste Schieneninfrastruktur. Im Strassenbereich wird der Schweiz die sechstbeste Infrastruktur attestiert. Ebenfalls in den vordersten Positionen schneidet die Luftfahrt- und Telekommunikationsinfrastruktur ab. Dieses positive Zeugnis darf jedoch nicht zum Anlass genommen werden, sich auf den Lorbeeren auszuruhen. Die Infrastrukturen müssen kontinuierlich den Bedürfnissen der Wirtschaft angepasst werden. Der Blick in die einzelnen Bereiche zeigt deutlich auf, dass in der politischen Diskussion wichtige Weichenstellungen bevorstehen.

## Strassenfinanzierung vor grossen Herausforderungen

Die Strassenfinanzierung gerät zunehmend in Schieflage. Rückläufigen Strassen-einnahmen stehen steigende Ausgaben für Ausbau, Betrieb und Unterhalt des Nationalstrassennetzes gegenüber. Für die Beseitigung der dringlichsten Engpässe steht nur ein Bruchteil der benötigten Finanzmittel zur Verfügung. Die zunehmende Verkehrsüberlastung auf der Strasse birgt für Gesellschaft und Wirtschaft die Gefahr hoher volkswirtschaftlicher Kosten. Deshalb muss die Neukonzeption der Strassenfinanzierung mit einem strategischen Entwicklungsprogramm ganzheitlich angegangen werden. Die Strasseninfrastruktur muss prioritär dort ausgebaut werden, wo der volkswirtschaftliche Nutzen am grössten ist. Mit dem Abbau der Querfinanzierungen von Strasse zur Schiene könnte die absehbare Finanzierungslücke geschlossen werden. economiesuisse wird sich weiter dafür einsetzen.

Mit teuren Ausbauten allein lassen sich die Verkehrsprobleme auf den Schweizer Strassen jedoch nicht lösen. Am Anlass «Mobilität 2030» von economiesuisse haben verschiedene Referenten eindrücklich aufgezeigt, dass vermehrt auf intelligente und innovative Lösungen gesetzt werden muss. Nur so kann die Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastrukturen aufrechterhalten werden. Dank moderner Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) eröffnet sich eine Vielzahl von Möglichkeiten, um den Verkehr effizienter zu gestalten und die Verkehrsfinanzierung auf eine neue Basis zu stellen.

## Zukunftsgerechte Schienenfinanzierung noch zu finden

Im Rahmen der FABI-Vorlage werden der Ausbau und die Finanzierung der Schieneninfrastruktur auf eine neue Basis gestellt. Im Interesse der Bahnnutzer und Steuerzahler setzt sich economiesuisse für nachfragegerechte und nachhaltig finanzierte Infrastrukturen ein. Der negative Kreislauf von subventioniertem Angebotsausbau und erhöhten Mobilitätsbedürfnissen muss durchbrochen werden. In den letzten zehn Jahren hat die fehlende Kostenwahrheit im Bahnbereich zu einer Steigerung der Mobilitätsnachfrage um rund die Hälfte geführt. Um dieser Spirale zu entkommen, muss der heute bei rund 50 Prozent liegende Eigenwirtschaftlichkeitsgrad gesteigert werden. Die finanziellen Engpässe in der Abgeltung des regionalen Personenverkehrs zeigen deutlich auf, was geschieht, wenn der Besteller beziehungsweise Nutzer nicht für die vollen Kosten des Angebots aufkommen muss: Die Mobilität wird auf Kosten der Allgemeinheit überkonsumiert.

Daneben muss aus Sicht der Wirtschaft die Stellung des Güterverkehrs gegenüber dem Personenverkehr gestärkt werden. Dies muss in erster Linie über verbesser-

te Rahmenbedingungen geschehen. Die Verbesserung der Trassenverfügbarkeit und -qualität ist ein wichtiger Schritt hin zu einem eigenwirtschaftlichen Schienen-güterverkehrssystem.

### ICT als Schrittmacher der wirtschaftlichen Entwicklung

In modernen Volkswirtschaften wie der Schweiz nimmt der Beitrag der Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) an die Wettbewerbsfähigkeit stetig zu. Die Schweiz muss daher die Chancen der Digitalisierung der Wirtschaft konsequent nutzen. In der Neuaufgabe der «Digitalen Agenda 2.0» legt die Schweizer Wirtschaft einen wirtschaftspolitischen Kompass vor, wie ICT zugunsten der gesamten Schweizer Volkswirtschaft eingesetzt werden soll. Damit die Schweiz zu «Smart Switzerland» wird, hat die Wirtschaft eine Reihe konkreter Forderungen formuliert. Bezüglich der notwendigen Basisinfrastrukturen steht die Schweiz ausgezeichnet da (siehe Abbildung 8). So ist die Schweiz gemäss OECD bei der Verbreitung von schnellen Internetanschlüssen im internationalen Vergleich Spitze. Damit die Netzausbreitung auch in Zukunft mit dem Bedarf Schritt halten kann, muss der Netzausbau unkompliziert gestaltet werden.

In der Nutzung von ICT-Anwendungen durch Private, Wirtschaft und die öffentliche Verwaltung weist die Schweiz hingegen Defizite auf. Hier gilt es anzusetzen, damit der digitale Austausch zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft weiter voranschreitet und die Innovationspotenziale der ICT ausgeschöpft werden können. Auf staatlicher Ebene sind vor allem die Anstrengungen im Bereich eGovernment, eHealth und digitale Identität zu intensivieren.

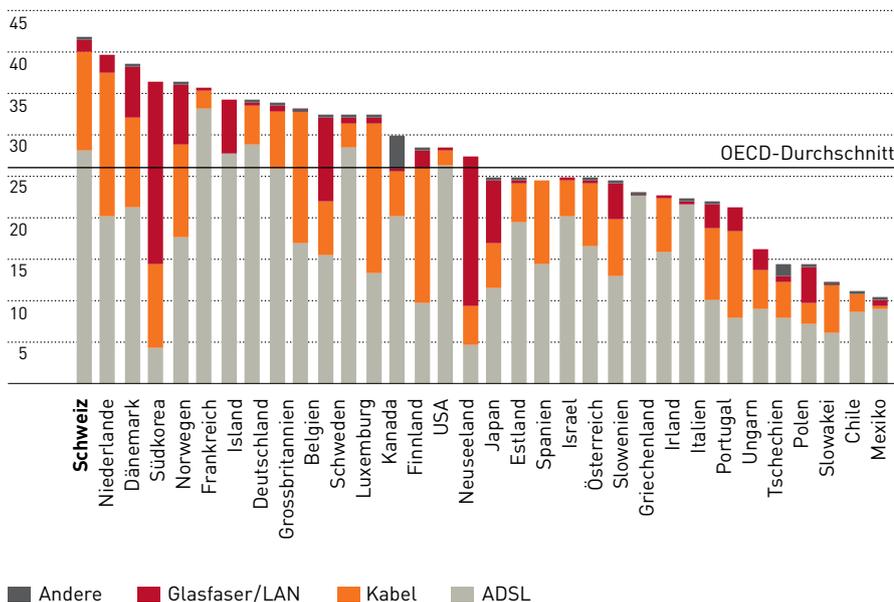


«Wir stossen mit unseren Verkehrsproblemen an Grenzen. Es ist Zeit, dass sich die Wirtschaft auch in diesem Bereich klar äussert und ihre Bedürfnisse aufzeigt.»

WALTER FREY,  
 PRÄSIDENT DES VERWALTUNGSRATS,  
 EMIL FREY AG

### Verbreitung von schnellen Internetanschlüssen im internationalen Vergleich

Zahl der Anschlüsse pro 100 Einwohner, aufgeschlüsselt nach Technologien



Quelle: OECD Breitbandportal 2012.

Abbildung 8

Die Schweiz ist führend bei der Verbreitung von Breitband-internetanschlüssen.

## Die Wirtschaft will konstruktiv an der Neuausrichtung der Energiepolitik mitarbeiten. Ziel muss eine nachhaltige, wirtschafts- und marktwirtschaftliche Ausrichtung der Energieversorgung sein.



### ENERGIE UND UMWELT

Energie ist für die Schweizer Wirtschaft essenziell. Mit mehr Wettbewerb statt Planwirtschaft sowie mehr Forschung statt Technologieverboten kann die Neuausrichtung der Energiepolitik gelingen. Bevor die Politik jedoch die Weichen stellt, müssen sich Volk und Stände über die Gesamtvorlage äussern können.

Kontakt: Kurt Lanz  
kurt.lanz@economiesuisse.ch

### Abbildung 9

Die Stromlücke soll in Zukunft mehrheitlich mit erneuerbaren und fossilen Energien gedeckt werden.

### Neuausrichtung mit Augenmass

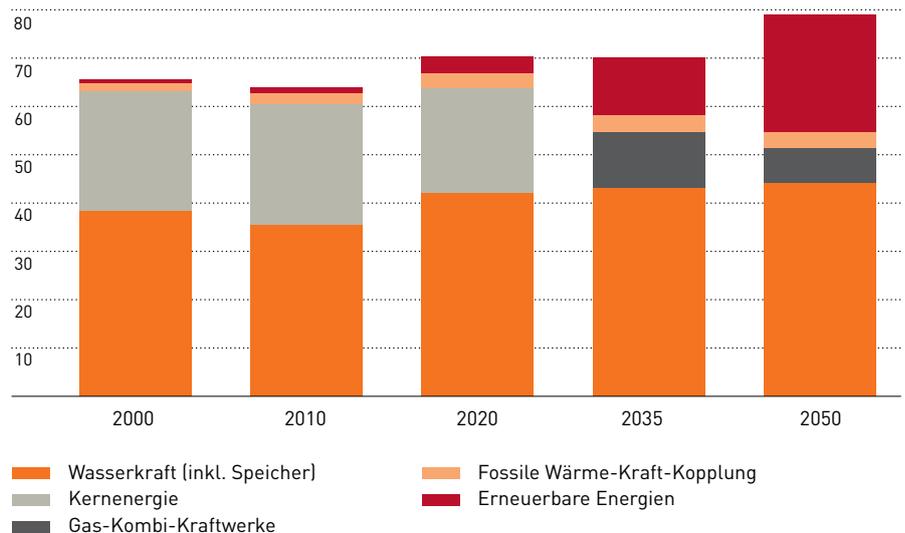
Die Wirtschaft anerkennt, dass nach den Ereignissen in Fukushima aus politischen Gründen in absehbarer Zeit keine Ersatzkernkraftwerke gebaut werden können. Die Neuausrichtung der Energiepolitik erfordert daher eine gesamtheitliche Betrachtung des Energiesystems Schweiz unter Einbezug der Wärme und der Mobilität. Davon sind verschiedene Politikbereiche betroffen: Die heutige Klimapolitik kann nicht unbesehen weitergeführt werden, wenn wichtige Parameter der bisher CO<sub>2</sub>-freien Stromproduktion geändert werden sollen. Die Schweizer Wirtschaft ist auf eine sichere Energie- und Stromversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen angewiesen. Dafür müssen alle Optionen der Energieerzeugung in Betracht gezogen werden. Die Wirtschaft bietet dazu ihre konstruktive Mitarbeit an.

### Ersatz der Kernenergie bei steigendem Stromverbrauch

Der Wegfall von 40 Prozent Kernenergie am Strommix in den nächsten Jahrzehnten ist für die Schweiz eine grosse Herausforderung. Dabei dürfen die Versorgungssicherheit und die Konkurrenzfähigkeit des Standorts Schweiz nicht gefährdet werden. Ausgehend von der Entwicklung der letzten zehn Jahre dürfte der Gesamtenergiebedarf weiterhin leicht wachsen. Der Stromverbrauch wird jedoch weiter stetig zunehmen. Gründe dafür sind das Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum sowie die Substitution fossiler Energien im Gebäude- und Mobilitätsbereich.

### Zusammensetzung der Stromerzeugung

2000 bis 2050, Bundesrat setzt auf erneuerbare und fossile Energien, in Terawattstunden



Quellen: Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK), Prognos 2012.

### Flexibilisierung der Klimapolitik als Voraussetzung

Der Zuwachs der erneuerbaren Energien wird voraussichtlich wesentlich langsamer voranschreiten und teurer sein als geplant. Nach der schrittweisen Ausserbetriebnahme der Kernkraftwerke wird die Produktionslücke deshalb grösser als angenommen. Für die Sicherstellung der Versorgung werden die in Betrieb stehenden Kernkraftwerke weiterhin zwingend gebraucht. Die Schweiz wird zudem deutlich mehr Strom importieren müssen als heute geplant. Fossil betriebene Kraftwerke werden in der Schweiz bei Bedarf Band- und Regelenergie bereitstellen müssen. Sie sollen gegenüber Importen nicht schlechtergestellt werden. Die einseitige Orientierung der Klimapolitik zu inländischen Reduktionsmassnahmen ist aufzuheben und Kompensationsprojekte in Entwicklungs- und Schwellenländern sind wieder zu ermöglichen.

### Politische Legitimation zwingend

Die Neuausrichtung der Energiepolitik ist ein Mehrgenerationenprojekt. Als Orientierungsmarke ist ein Richtungsentscheid nötig – eine Detailplanung über einen Zeithorizont von 40 Jahren erweist sich jedoch wegen grosser Unsicherheiten als fragwürdig. Mehrere kantonale Abstimmungen (BE, FR, NE) haben gezeigt, dass das Stimmvolk einschränkende und kostspielige energiepolitische Massnahmen ablehnt. Die inhaltliche Aufteilung von energiepolitischen Zielsetzungen stellt ein erhebliches Risiko dar: Das erste Paket sieht keine unbedingte Volksabstimmung vor, während über das zweite, später vorliegende Paket zwingend mit einer Verfassungsänderung abgestimmt werden muss. Aus Sicht der Wirtschaft muss die Neuausrichtung vorgängig von Volk und Ständen getragen und nicht nur von der nationalen Politik beschlossen werden.

### Innovation über den Markt anstelle von administrierten Preisaufschlägen

Verschiedene Studien zeigen, dass es zielführender ist, die Entwicklung grüner Technologien zu fördern, statt mittels Abgaben und Steuern den Energieeinsatz künstlich zu verteuern. Eine Verteuern der Energie erhöht die Lebenskosten und belastet die Wirtschaft – ohne messbare Verbesserung für die Umwelt. Mit dem Instrument von Zielvereinbarungen und Effizienzinvestitionen der Energie-Agentur der Wirtschaft und der Einführung des Handels mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten hat die Wirtschaft bedeutende Beiträge zur Erreichung der energie- und klimapolitischen Ziele geleistet. Unter günstigen Rahmenbedingungen kann mit neuen Geschäftsmodellen und neuen Technologien an diesen Erfolgen angeknüpft werden.

### Marktwirtschaftlicher Weg zur Green Economy

Der Bundesrat hat im Frühjahr 2013 mit dem «Aktionsplan Grüne Wirtschaft» eine Revision des Umweltschutzgesetzes als indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative der Grünen «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft» beschlossen. economiesuisse setzt sich für einen marktwirtschaftlichen Weg zu einer grünen Wirtschaft ein. Erste Rezepte dazu hat der Verband mit dem Swiss Green Economy Symposium vom 18. Januar 2013 aufgezeigt. Die Schweiz nimmt heute in allen drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – ökonomisch, ökologisch und sozial – einen internationalen Spitzenplatz ein. Diese Position gilt es mit effizienten Anreizen und Rahmenbedingungen zu verteidigen. Denn nicht staatliche Beihilfe, sondern unternehmerische Freiheit und Wettbewerb sind die Quelle von Innovation und technologischem Fortschritt, die für eine grüne Wirtschaft nötig sind.



«Die Wirtschaft will konstruktiv an der Neuausrichtung der Schweizer Energiepolitik mitarbeiten.»

DR. CHRISTOPH LINDENMEYER,  
 PRÄSIDENT DES VERWALTUNGSRATS,  
 SCHINDLER MANAGEMENT AG



«Um negative Auswirkungen wie in Deutschland zu verhindern, muss die Schweiz in der Energiepolitik auf marktwirtschaftliche Ansätze setzen.»

RUDOLF HUG,  
 PRÄSIDENT ENERGIE- UND  
 UMWELTKOMMISSION,  
 PRÄSIDENT DES VERWALTUNGSRATS  
 HT-HOLDING AG

# Innovation stärken, aber richtig. Das erfolgreiche duale Bildungssystem der Schweiz gerät zu Unrecht unter Druck.



## BILDUNG UND FORSCHUNG

Die Wirtschaft hat ein elementares Interesse an hochstehenden Bildungs- und Forschungsinstitutionen. Gut ausgebildete Arbeitskräfte und hoch qualifizierte Forschende erbringen im internationalen Vergleich grosse Innovationsleistungen. Mit neuen und international kompetitiven Produkten und Dienstleistungen erzielt die Wirtschaft eine hohe Wertschöpfung.

Kontakt: Prof. Dr. Rudolf Minsch  
rudolf.minsch@economiesuisse.ch



«Hervorragende Hochschulen und das duale Berufsbildungssystem – ein Erfolgsmodell und eine Stütze der Schweizer Wirtschaft.»

ULRICH JAKOB LOOSER,  
PRÄSIDENT BILDUNGS- UND  
FORSCHUNGSKOMMISSION,  
PARTNER BLR & PARTNERS AG

## Viele Wege führen zum beruflichen Erfolg

Die Debatte über das duale Bildungssystem und den Stellenwert der Berufslehre wurde 2012 intensiv weitergeführt. Dies vor dem Hintergrund von Empfehlungen der OECD, die Gymnasialquote in der Schweiz zu steigern – obwohl sich die Schweiz zu den Ländern mit der weltweit tiefsten Arbeits- sowie Jugendarbeitslosigkeit zählen darf. Die Berufslehre als Karriereestieg ist aber auch aus anderen Gründen unter Druck geraten: In vielen Ländern ist diese kaum bekannt. Personalverantwortlichen ausländischer Unternehmen fällt die Einordnung dieser Abschlüsse schwer und es droht die Gefahr, dass die Kompetenzen der Berufsleute auf dem Arbeitsmarkt zu wenig honoriert und die Absolventen bei der Stellensuche diskriminiert werden.

Diesem Umstand mit einer fortschreitenden Verakademisierung der Berufswelt zu begegnen, ist jedoch der falsche Weg. Notwendig ist vor allem Aufklärungsarbeit – denn das duale Bildungssystem ist ein Erfolgsmodell. Im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Staaten führen in der Schweiz viele Wege zum beruflichen Erfolg: Der Entscheid für eine Lehre bedeutet heute keineswegs, dass auf eine spätere Weiterbildung an den angesehensten Bildungsstätten des Landes verzichtet werden muss. Auch verringert die Einführung eines europäischen Qualifikationsrahmens die Diskriminierungsgefahr. Die Schweiz erarbeitet derzeit den nationalen Qualifikationsrahmen für Abschlüsse der Berufsbildung.

## Fachkräftemangel als fortwährende Herausforderung

In der Schweiz sind gut ausgebildete Berufsleute in vielen Branchen weiterhin rar. Ein Mangel, der viele Unternehmen insbesondere in Wachstumsphasen daran hindert, ihr Potenzial voll auszuschöpfen. Die Wirtschaft unternimmt bereits seit einiger Zeit Anstrengungen, um diesem Umstand zu begegnen – auch economiesuisse unterstützt entsprechende Initiativen. Trotzdem deutet vieles darauf hin, dass sich das Problem tendenziell verschärfen wird. Einer der Gründe ist die ungünstige demografische Entwicklung, kombiniert mit einem abnehmenden Interesse für technische Ausbildungen. Viele Fachkräfte, die im nächsten Jahrzehnt ins Pensionsalter eintreten, können nicht durch nachrückende Jüngere ersetzt werden. Weil sich diese Situation in vielen westlichen Industrienationen ähnlich präsentiert, wird sich der Konkurrenzkampf um die besten Fachkräfte eher noch verschärfen. Deutschland beispielsweise – einer der Hauptrekrutierungsmärkte für Schweizer Unternehmen – wirbt derzeit aktiv und mit Erfolg um gut ausgebildete Fachkräfte.

Die Schweiz kann ihre Anstrengungen auf verschiedenen Ebenen noch verbessern. Dies betrifft zum Beispiel die Stärkung der MINT-Fächer in der Volksschule. Gefragt sind nebst mathematisch-naturwissenschaftlichen Kompetenzen auch die Vermittlung einer Faszination für die Welt der Technik und Entwicklung sowie der entsprechenden Berufsbilder. economiesuisse setzt sich dafür ein, dass diese wichtigen Anliegen im Lehrplan 21, für den im Sommer 2013 ein breiter Vernehmlassungsprozess beginnt, angemessen berücksichtigt werden. Weitere Möglichkeiten hat die Wirtschaft selbst in der Hand: Durch eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie können technische Berufe für Frauen attraktiver gemacht werden, und durch flexiblere Arbeitszeitmodelle und Weiterbildungsangebote lässt sich das Potenzial der älteren Arbeitnehmenden künftig besser ausschöpfen. Gleichzei-

tig gilt es, die Möglichkeiten der Rekrutierung im Ausland nicht einzuschränken. Das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU ist deshalb unbedingt zu verteidigen. economiesuisse wird sich in den kommenden Abstimmungskämpfen stark dafür engagieren.

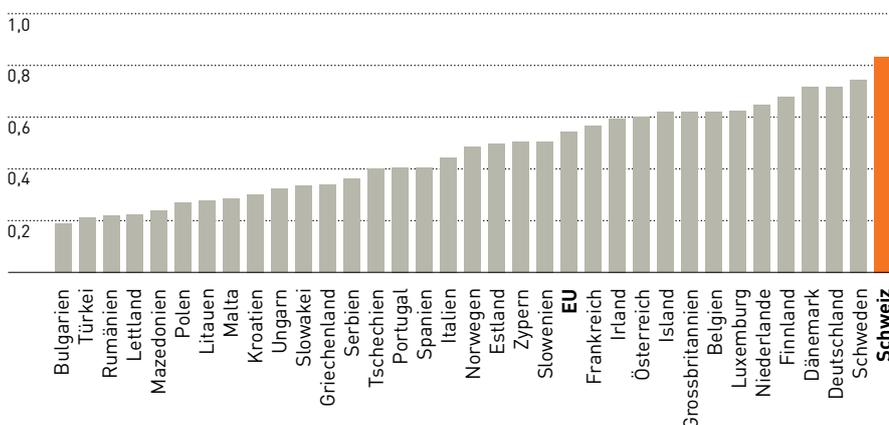
### Innovation versus Technologiefeindlichkeit

2012 und 2013 führt die Schweiz nahezu alle massgeblichen Rankings der weltweit innovativsten Länder an. Dieser Umstand ist keine Selbstverständlichkeit, sondern die Folge einer konstanten Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts, einer guten internationalen Vernetzung und der privaten und staatlichen Investitionen in Bildung und Forschung der letzten Jahre. Wie die Innovationskraft als wichtigster Rohstoff der Schweiz weiter gefördert werden kann, hat economiesuisse 2012 mit einer Studie und mehreren Anlässen aufgezeigt. 2013 wurden die Ergebnisse in einer englischsprachigen Broschüre zusammengefasst und interessierten Kreisen in Brüssel präsentiert.

Neben der innovativen Stärke ist in der Schweiz aber auch eine Gegentendenz festzustellen: eine in vielen politischen Debatten spürbare Technologie- und Fortschrittsfeindlichkeit. Ein besonders drastisches Beispiel ist die Diskussion um die grüne Gentechnologie. Obwohl das über viele Jahre mit grossem Aufwand vorangetriebene Nationale Forschungsprogramm (NFP) 59 zum Schluss gekommen ist, dass der Anbau von gentechnisch veränderten Nutzpflanzen in der Schweiz ohne Probleme für Mensch und Umwelt möglich wäre, wurde das entsprechende Moratorium bis 2017 verlängert. Anstatt die Forschungsergebnisse offen zu diskutieren und gesetzliche Leitplanken zu schaffen, fordern manche Kreise ohne Umschweife ein definitives Verbot. Solchen Tendenzen muss entschieden entgegengetreten werden, wenn die Schweiz auch in Zukunft als Innovations- und Forschungsstandort eine gewichtige Rolle spielen will.

### Europäischer Innovationsvergleich

2013, indexiert (1 = Maximum)



Quelle: Innovation Union Scoreboard 2013.



«Die Möglichkeit, Experten aus aller Welt in die Schweiz zu holen ist wichtig, um in der Forschung und Entwicklung international an der Spitze zu bleiben.»

CHRISTOPH MÄDER,  
 VIZEPRÄSIDENT ECONOMIESUISSE,  
 PRÄSIDENT SCIENCEINDUSTRIES

Abbildung 10

2013 konnte die Schweiz ihren Platz als innovativstes Land Europas verteidigen und den Vorsprung gar noch ausbauen.

## Gesetzgeberische Zwangsjacke ist zu verhindern. Der Wirtschaftsstandort Schweiz ist unter Druck. Verschiedene Kreise fordern neue gesetzliche Regeln für Unternehmen. Diesen Trend gilt es zu stoppen.



### REGULATORISCHES

Bei der Schaffung von Transparenz und Rechtssicherheit sollte stets die unternehmerische Freiheit gewahrt werden. Dies ist ein zentraler Punkt für die Beurteilung gesetzgeberischer Vorhaben. Ein vorwiegend an Risiken orientierter Perfektionismus führt zu schädlicher Überregulierung.

Kontakt: Thomas Pletscher  
thomas.pletscher@economiesuisse.ch



«Der Volkswillen ist zu respektieren. Jetzt gilt es, die Minder-Initiative möglichst nahe beim Verfassungstext und praxistauglich umzusetzen.»

DAVID P. FRICK,  
PRÄSIDENT RECHTSKOMMISSION,  
MITGLIED DER KONZERNLEITUNG  
NESTLÉ S.A.

### Das Stimmvolk hat sich für die Minder-Initiative ausgesprochen

economiesuisse bedauert die Annahme der Minder-Initiative, respektiert aber den Willen von Volk und Ständen. Mit dem indirekten Gegenvorschlag lag eine breit abgestützte Alternative auf Gesetzesstufe vor, die unverzüglich in Kraft getreten wäre. Die politischen Wirren um die Umsetzung der Minder-Initiative wären der Schweiz erspart geblieben, womit Politik und Wirtschaft gemeinsam und konstruktiv die verbleibenden Baustellen in der Aktienrechtsrevision hätten bearbeiten können. Dies hätte das liberale Schweizer Aktienrecht gezielt gestärkt und um die gesetzlichen Rahmenbedingungen der Corporate Governance wäre Rechtssicherheit eingekehrt. Denn die Rechtssicherheit ist nach wie vor ein wichtiger Wettbewerbsvorteil für den Schweizer Wirtschaftsstandort.

### Dem Volkswillen und der Praktikabilität hohe Beachtung schenken

Bei der Umsetzung der Minder-Initiative ist es für die Wirtschaft wichtig, dass neben der Beachtung des Volkswillens der Praktikabilität in den Unternehmen hohe Beachtung geschenkt wird. Unnötige Verkomplizierungen und bürokratische Leerläufe müssen unterlassen werden. Dies gilt auch für die Pensionskassen. Bei den Vergütungsabstimmungen sollte aus Gründen der Praktikabilität und der Rechtssicherheit eine einzige prospektive Abstimmung über die Gesamtsumme aller Vergütungen der Geschäftsleitung möglich sein.

### Revision des «Swiss Code of Best Practice for Corporate Governance»

Derzeit evaluiert eine Arbeitsgruppe von economiesuisse den Erneuerungs- und Ergänzungsbedarf des «Swiss Code of Best Practice for Corporate Governance» («Swiss Code»). Als erstes Teilresultat konnte economiesuisse Anfang 2013 zusammen mit dem Schweizerischen Pensionskassenverband ASIP, dem Ausgleichsfonds AHV/IV/EO, Ethos, der Schweizerischen Bankiervereinigung und SwissHoldings die «Richtlinien für Institutionelle Investoren zur Ausübung ihrer Mitwirkungsrechte bei Aktiengesellschaften» veröffentlichen. Diese beschreiben in einer Präambel und fünf einfachen Grundsätzen Best Practices bei der Ausübung von Mitwirkungsrechten. Damit wird der grossen Verantwortung der Institutionellen Investoren wie Vorsorgeeinrichtungen, Versicherungen oder Anlagefonds bei der Ausübung ihrer Mitwirkungsrechte Beachtung geschenkt. Sobald über die Umsetzung der Minder-Initiative Klarheit besteht, wird sich die Arbeitsgruppe mit den weiteren Revisionschwerpunkten befassen. Diese umfassen die Compliance, die Verankerung des Prinzips «comply or explain», technische Möglichkeiten rund um die Generalversammlung und die Stärkung des Verwaltungsrats.

### Finanzmarkt: Internationalen Marktzugang sicherstellen

Der Finanzmarkt befindet sich international und national unter grossem politischem Druck. Vor allem bei der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität (Geldwäscherei) sowie beim System- und Anlegerschutz stehen wichtige und umfangreiche Neuerungen an. Letzterer soll durch ein neues Finanzdienstleistungsgesetz (FIDLEG) gestärkt werden. economiesuisse stellt folgende Kernforderungen an das FIDLEG:

- Mit dem weiteren Regulierungsprozess ist zuzuwarten. Zuerst sollen die relevanten finanzdienstleistungsrechtlichen Anforderungen, deren Umsetzung in der EU und die Frage des Marktzugangs geklärt werden.
- Die vorgeschlagenen Stossrichtungen im Bereich des Kundenschutzes sind unter Einbezug der betroffenen Branchen einer umfassenden Kosten-Nutzen-Analyse zu unterziehen.

- Die institutionelle Beaufsichtigung ist grundsätzlich ausreichend. Eine kumulative Beaufsichtigung von Instituten, Produkten und/oder Vertrieb ist zu vermeiden.
- Zu den neuen Bestimmungen des FIDLEG ist eine ausführliche und detaillierte Kostenabschätzung der Regulierungsfolgen durchzuführen.

### Mehr Regulierung ist keine nachhaltige Lösung für die Raumplanung

economiesuisse engagiert sich für den sorgfältigen Umgang mit der beschränkten Ressource Raum. Dafür ist ein gesamtheitliches und auf liberalen Grundwerten fussendes Konzept notwendig. Die Raumplanung in der Schweiz gerät immer stärker in den Fokus der öffentlichen Diskussion. Darum ist ein wachsendes Bewusstsein für dieses Thema wichtig. Der eingeschlagene Weg zunehmender Regulierungsbestrebungen ist nicht zielführend. Im Dezember 2012 haben die Trägerorganisationen das Raumkonzept Schweiz als freiwilligen Orientierungsrahmen für die drei Staatsebenen veröffentlicht. Leider wurde dieses Leitbild ohne angemessenen Einbezug der Wirtschaft erstellt. Da es zudem keinen demokratischen Gesetzgebungsprozess durchlaufen hat, muss es unverbindlich bleiben.

Bei der Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative hat sich economiesuisse für eine praxistaugliche Lösung mit Augenmass und Rechtssicherheit eingesetzt. Das Inkrafttreten der Verordnung über Zweitwohnungen am 1. Januar 2013 ist ein erster wichtiger Schritt. Die Arbeiten zur Gesetzgebung im Jahr 2013 müssen in diesem Sinne fortgesetzt werden.

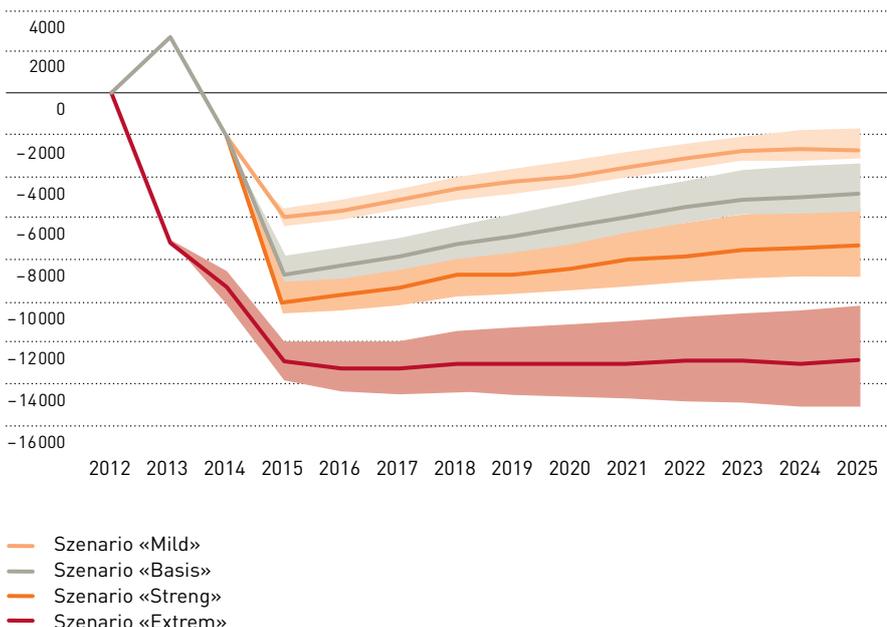


«Bei sämtlicher Regulierung müssen wir immer auch die Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit im Auge behalten.»

ROGER NEININGER,  
 CEO KPMG SCHWEIZ

### Vergleich der Beschäftigungseffekte

Vier Grundscenarien mit ihren Ausprägungen



Quelle: BAKBASEL.

Abbildung 11

Die Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative führt mittelfristig zu einem Beschäftigungsrückgang.

## Wettbewerb – das Kernelement der Marktwirtschaft. Wirkungsvoller Wettbewerb führt zu Innovation, besseren Produkten und tieferen Preisen. Übertriebene Eingriffe in den Markt verfehlen die Wirkung und sind ordnungspolitisch nicht akzeptabel.



### WETTBEWERB

Ein funktionierender Wettbewerb ist das Kernelement der Marktwirtschaft. Ausschlaggebend sind wirksame, verhältnismässige und rasche Entscheide gegenüber den Wirtschaftsakteuren. Die materiellen Bestimmungen in der Schweiz wurden auf ein hohes Niveau angehoben. Handlungsbedarf besteht bei effizienteren Verfahren.

Kontakt: Thomas Pletscher  
thomas.pletscher@economiesuisse.ch

### Die Schweiz braucht ein modernes Wettbewerbsrecht

Das Wettbewerbsrecht ist für die Marktwirtschaft von zentraler Bedeutung. economiesuisse steht daher einer Modernisierung des Kartellrechts offen gegenüber, sofern sie auf einer soliden ökonomischen Grundlage beruht. Der Bundesrat will das Kartellgesetz (KG) erneut revidieren, um Verfahren zu beschleunigen, den Wettbewerb in der Schweiz zu intensivieren und den Wirtschaftsstandort zu stärken. Er schlägt einen eigentlichen Paradigmenwechsel im Kartellrecht vor: Drei horizontale und zwei vertikale Arten von Abreden sollen grundsätzlich verboten werden, ausser sie können durch Effizienzsteigerungen gerechtfertigt werden (Einführung Teilkartellverbot). Zudem sollen die Institutionen mit einer Wettbewerbsbehörde in Form einer selbstständigen Anstalt und eines neuen Wettbewerbsgerichts neu gestaltet werden.

Der Ständerat ist der Linie des Bundesrats gefolgt, will aber die Institutionenreform auf eine Verkleinerung der Wettbewerbskommission (Weko) beschränken. Damit bleibt das Anliegen der Wirtschaft nach einer konsequenten Trennung von Untersuchung und Entscheid leider unerfüllt. Mit den Korrekturen des Ständerats entspricht das Teilkartellverbot faktisch der heutigen Praxis der Weko, beschleunigt aber die Verfahren. Eine vertiefte ökonomische Bewertung liegt jedoch immer noch nicht vor. Zudem ist nicht dargelegt, ob die Zielsetzungen nicht auch mit dem geltenden Kartellrecht erreicht werden können. Über den Vorschlag des Bundesrats hinaus soll zudem auf der Basis der Motion Birrer-Heimo – in der Absicht, gegen die Hochpreisinsel Schweiz vorzugehen – eine Lieferverpflichtung für ausländische Anbieter ohne Berücksichtigung ihrer Marktstellung eingeführt werden. Ein derartiger künstlicher Eingriff in die Vertragsfreiheit ist kontraproduktiv und nicht zielführend. Notwendig sind hingegen ein konsequentes Vorgehen gegen Abschottung sowie eine entschlossene Marktöffnung. Dazu gibt es genügend Mittel.

### Wettbewerbsverzerrungen durch den Staat

Die öffentliche Hand greift immer stärker mit eigenen Aktivitäten direkt in den Wettbewerb ein. Eine Arbeitsgruppe von economiesuisse arbeitet im Sinne eines ordnungspolitischen Kompasses an einem Orientierungsrahmen für die Beurteilung staatlicher Eingriffe. Damit soll gleichsam der Fussabdruck des Staates im Markt abgebildet werden. Staatliche Aktivitäten können damit vor einem objektiveren Hintergrund beurteilt und die Entwicklungen über die Zeit dargestellt werden.

### Immaterialgüterrecht: Herausfordernde Diskussionen um Anpassungsbedarf im Urheberrecht

economiesuisse fordert seit Jahren praxistaugliche, konstruktive und international abgestimmte Lösungen im Umgang mit Urheberrechten. Dazu gehören wirtschafts- und handelsverträgliche Abgaben sowie ein modernes, effizientes und der technologischen Entwicklung angepasstes Tarifsysteem. Der Bundesrat hat zur Optimierung der kollektiven Verwertung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten eine Arbeitsgruppe (AGUR12) eingesetzt, in der economiesuisse vertreten ist. Aufgrund der teilweise sehr unterschiedlichen Interessen und Bedürfnisse der in der AGUR12 vertretenen Branchen kommen die Diskussionen jedoch nur schwer voran. Daneben wirkt economiesuisse bei den wichtigsten Tarifiediskussionen als Verhandlungspartner mit. Als Dachverband der Schweizer Unternehmen verfolgt economiesuisse im Rahmen dieser Verhandlungen eine gesamtwirtschaftliche Perspektive.



«Planwirtschaftliche Elemente haben im Kartellgesetz nichts zu suchen.»

WERNER HUG,  
PRÄSIDENT WETTBEWERBSKOMMISSION,  
PRÄSIDENT DES VERWALTUNGSRATS  
HUG AG

### Gegen eine Überregulierung im Gesundheitsmarkt

In zwei Volksabstimmungen konnten sich die Schweizerinnen und Schweizer 2012 zu gesundheitspolitischen Themen äussern. Aus liberaler Sicht erfreulich ist das klare Nein zu einem noch strengeren Rauchverbot. Noch deutlicher gescheitert ist leider die Managed-Care-Vorlage, die aus Sicht von economiesuisse einen sinnvollen Schritt hin zu einer effizienteren Gesundheitsversorgung dargestellt hätte. Bereits im Parlament gestoppt wurde das Präventionsgesetz: Leider hatte die Botschaft zu viele Schwächen und provozierte im Parlament grossen Widerstand. Selbst der stark verbesserte und ordnungspolitisch vertretbare Schlusssentwurf scheiterte im Herbst 2012 an der Ausgabenbremse. Ebenfalls zum Thema Prävention veranstaltete economiesuisse im Januar 2013 in Zürich den 3. Präventionstag der Privatwirtschaft. Diskutiert wurden die überraschend engen Zusammenhänge zwischen Bildung und Gesundheit – eine fachübergreifende Thematik, die den Verband auch weiterhin beschäftigen wird.

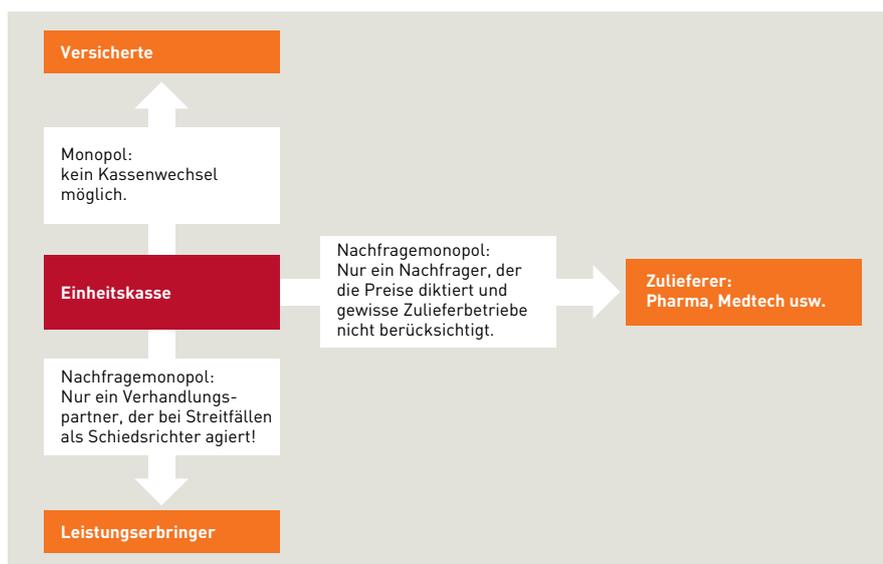
Die gesundheitspolitischen Massnahmen von economiesuisse im vergangenen Jahr waren insgesamt geprägt vom Einsatz für mehr Effizienz und gegen eine Überregulierung und schleichende Verstaatlichung im Gesundheitsmarkt. Entsprechend positiv fiel die Vernehmlassungsantwort zum ePatientendossier aus, während bei der Totalrevision des Alkoholgesetzes vor allem auf überbordende Vorschläge hingewiesen werden musste.



«Der Staat darf nicht mit eigenen Aktivitäten verzerrend in den Wettbewerb eingreifen.»

DANIEL KNECHT,  
 PRÄSIDENT AARGAUISCHE INDUSTRIE-  
 UND HANDELSKAMMER

### Wirkungsweisen einer staatlichen Einheitskasse



Quelle: Bundesamt für Statistik, BFS; eigene Darstellung.

Abbildung 12

Als Monopolist würde eine Einheitskasse das schweizerische Gesundheitswesen auf verschiedenen Ebenen negativ beeinflussen.

## Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im Fokus. Mit der SVP-Masseneinwanderungsinitiative steht die erste einer Reihe wichtiger Abstimmungen zur Personenfreizügigkeit bevor.



### KOMMUNIKATION UND KAMPAGNEN

Das Führen von nationalen Abstimmungskampagnen gehört zu den Kernkompetenzen von economiesuisse. In den letzten Jahren bestritt economiesuisse 44 Kampagnen und war in 39 Vorlagen erfolgreich – zusammen mit den jeweiligen Partnern.

Kontakt: Ursula Fraefel  
ursula.fraefel@economiesuisse.ch



«Die Schweizer Wirtschaft braucht die bilateralen Verträge, um Zugang zu den europäischen Märkten zu erhalten.»

PATRICK ODIER,  
VIZEPRÄSIDENT ECONOMIESUISSE,  
PRÄSIDENT SCHWEIZERISCHE  
BANKIERVEREINIGUNG

### Kampagnenrückblick: Steuerabkommen und Minder-Initiative

Das Kampagnenteam beschäftigte sich in den vergangenen Monaten mit dem Referendum gegen die Steuerabkommen und mit der Minder-Initiative. Bei den Steuerabkommen mit Deutschland, Österreich und Grossbritannien entfiel die Abstimmung, da die unheilige Referendumsallianz aus Jungsozialisten und Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) die nötigen Unterschriften nicht rechtzeitig zusammenbrachte. Damit konnte die unter dem Slogan «Steuerstreit beenden – Zukunft gestalten» konzipierte Kampagne in der Schublade versenkt werden. Am 1. Januar 2013 traten die Abkommen mit Österreich und Grossbritannien in Kraft, das Abkommen mit Deutschland scheiterte an innerdeutschen Querelen.

Am 3. März 2013 hat das Stimmvolk die Initiative «gegen die Abzockerei» mit 67,9 Prozent angenommen. Trotz hohem Einsatz ist es nicht gelungen, die Stimmberechtigten von einem Nein zu überzeugen. Der Unmut gegen die überzogenen Löhne und der Wille, hier ein Zeichen zu setzen, waren zu gross. Das hatten auch die seit fünf Jahren durchgeführten Umfragen vorweggenommen. Die Zustimmung zur Initiative betrug stets konstant zwischen 75 und 80 Prozent. Im Nachhinein zeigte sich, dass der vom Parlament beschlossene indirekte Gegenvorschlag kommunikativ nicht vermittelbar war: Der Unterschied zwischen Initiative und Gegenvorschlag war zu gering und die Bürgerinnen und Bürger konnten über den Gegenvorschlag gar nicht abstimmen. Das getrübbte Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik führte dazu, dass die Gegenseite die David-Goliath-Thematik erfolgreich spielen konnte und die Missgeschicke in der Kampagne die Argumente gegen die Initiative medial verdrängten. Wegen des Abstimmungstermins mitten in der Zeit der Generalversammlungen standen die Exzesse einzelner Wirtschaftsführer im Rampenlicht. Auch dies verhalf den Befürwortern der Initiative mit zum Erfolg.

### Campaigning zu den Themen Zuwanderung und Energie

Hauptzielgruppe der Campaigning-Aktivitäten ist wie bei den Abstimmungskampagnen die breite Öffentlichkeit. Im Unterschied zu den Kampagnen ist das Engagement aber als Begleitung des parlamentarischen Prozesses längerfristig angelegt. Ziel des Campaignings ist die optimale Vorbereitung des Terrains für die spätere Abstimmung, beispielsweise beim Thema Zuwanderung. Die Vor- und Nachteile der Personenfreizügigkeit mit der EU werden in der Öffentlichkeit seit Längerem breit diskutiert. Die SVP-Masseneinwanderungsinitiative, die Ecopop-Initiative und das zu erwartende Referendum zur Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien stellen dieses für die Schweizer Wirtschaft zentrale Abkommen infrage. economiesuisse, der Schweizerische Arbeitgeberverband und der Schweizerische Gewerbeverband engagieren sich seit 2011 für eine konstruktive Zuwanderungspolitik. 2012 wurden eine Broschüre und die Homepage [www.zuwanderungspolitik.ch](http://www.zuwanderungspolitik.ch) lanciert. 2013 wird das Campaigning mit regionalen Anlässen in Zusammenarbeit mit den Handelskammern fortgeführt.

Auch die Kommunikation zur Energiepolitik nimmt seit Jahren eine zentrale Rolle im Rahmen der Campaigning-Aktivitäten von economiesuisse ein. Im Sommer 2012 verabschiedete der Vorstand ein Positionspapier. Dieses bildete die Grundlage für die Stellungnahme von economiesuisse in der Vernehmlassung zur bundesrätlichen Energiestrategie 2050. economiesuisse bringt die Stimme der Wirtschaft kritisch, aber konstruktiv ein: durch aktive Medienarbeit, Online-Aktivitäten in sozialen

Medien, auf [www.energiedebatte.ch](http://www.energiedebatte.ch) sowie mit der Publikation von diversen Studien. Zudem organisierte economiesuisse zusammen mit den kantonalen Handelskammern regionale Veranstaltungen. 2013 steht das Energiekonzept der Wirtschaft im Zentrum, das im Spätsommer der Öffentlichkeit vorgestellt wird.

### Soziale Medien: economiesuisse vernetzt sich

Im vergangenen Jahr hat economiesuisse die Aktivitäten im digitalen Bereich stark ausgebaut. Zusätzlich zur Kampagnenarbeit verfolgt der Verband auf den Online-Kanälen zwei Ziele: einerseits die Informationsverbreitung an ein neues Zielpublikum und andererseits die Öffentlichkeitsarbeit zur Marke economiesuisse. Die Umsetzung erfolgt über drei digitale Kanäle. Die Webseite [www.economiesuisse.ch](http://www.economiesuisse.ch) dient als Plattform für Medienmitteilungen, Positionspapiere und Kommentare. Der Nachrichtendienst Twitter informiert in Echtzeit über sämtliche Aktivitäten des Verbands und das soziale Netzwerk Facebook dient als «Arena», in der ausgewählte Themen mit einer breiten Öffentlichkeit diskutiert werden. Diese Strategie wird weiterverfolgt und -entwickelt.

### Ausblick: Nein-Kampagne zur Masseneinwanderungsinitiative der SVP

In den kommenden zwölf Monaten steht für economiesuisse das Engagement für eine offene Schweiz im Zentrum der Kampagnenaktivitäten. 2014 werden die Stimmberechtigten über die SVP-Initiative «gegen Masseneinwanderung» und voraussichtlich auch über die Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien entscheiden können. In beiden Fällen steht nicht nur der freie Personenverkehr, sondern das ganze Paket der Bilateralen I zur Debatte. economiesuisse unterstützt politische und wirtschaftliche Lösungen für die negativen Begleiterscheinungen des Bevölkerungswachstums, starre Zuwanderungskontingente sind jedoch der falsche Ansatz. Der Wirtschaftsdachverband ist überzeugt, dass es gemeinsam mit einer breiten Allianz von Verbänden und Parteien gelingen wird, die Schweizer Bevölkerung einmal mehr vom grossen Nutzen der Personenfreizügigkeit zu überzeugen.



«Ausländische Fachkräfte ergänzen den schweizerischen Arbeitsmarkt und tragen zur Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes bei.»

VALENTIN VOGT,  
 PRÄSIDENT SCHWEIZERISCHER  
 ARBEITGEBERVERBAND



Abbildung 13  
 Plakate der Abstimmungskampagnen und Broschüre «Für eine konstruktive Zuwanderungspolitik».

Engagement für einen erfolgreichen  
Wirtschaftsstandort Schweiz. *economiesuisse*  
bringt KMU und Grossunternehmen,  
export- und binnenmarktorientierte Betriebe,  
Verbände und Handelskammern zusammen.



«Eine enge Zusammenarbeit  
zwischen den Handels-  
kammern und *economiesuisse*  
ist wichtig für eine gesunde  
und wettbewerbsfähige  
Wirtschaft.»

FRÉDÉRIC GEISSBÜHLER (1)  
PRÄSIDENT, CHAMBRE NEUCHÂTELOISE  
DU COMMERCE ET DE L'INDUSTRIE (BIS APRIL 2013)



4



«Die gesunde Mischung von lokalen KMU und multinationalen Unternehmen trägt viel zum wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz bei.»

CHRISTOPH TOBLER [12]  
CEO, SEFAR HOLDING AG, THAL

10



«Zukunftsträchtige Visionen, Pragmatismus, Innovations- und Schaffenskraft werden die erklärte Zielvorgabe der Unternehmer unseres Zeitalters sein.»

ALEARDO CATTANEO [5]  
CEO UND DELEGIERTER DES VERWALTUNGSRATS,  
FERRIERE CATTANEO SA, GIUBIASCO

10



9



12



13



1 FRÉDÉRIC GEISSBÜHLER, Präsident, Chambre neuchâteloise du commerce et de l'industrie (bis April 2013), Vaumarcus 2 WERNER MESSMER, Präsident, Schweizerischer Baumeisterverband, Zürich 3 HANSUELI LOOSLI, Verwaltungsratspräsident, Swisscom AG, Worblaufen 4 DR. CHRISTIAN CASAL, Leiter, McKinsey Schweiz, Zürich Flughafen 5 ALEARDO CATTANEO, CEO und Delegierter des Verwaltungsrats, Ferriere Cattaneo SA, Giubiasco 6 DR. HAJO LEUTENEGER, Präsident, Verband der Schweizerischen Gasindustrie, Zug 7 HANS-PETER ROHNER, VR-Präsident, PubliGroupe S.A., Lausanne 8 LUKAS GÄHWILER, CEO UBS Schweiz, UBS AG, Zürich 9 JEAN-MARC PROBST, Verwaltungsratspräsident, Probst Group Holding, Crissier 10 DRS. HUUB SAVELKOULS, Vice President Fiscal Affairs & International Trade, Philip Morris International Management SA, Lausanne 11 DR. GOTTLIEB A. KELLER, Mitglied der Konzernleitung Roche Holding AG, Basel, F. Hoffmann-La Roche AG, Basel 12 CHRISTOPH TOBLER, CEO, Sefar Holding AG, Thal 13 BRUNO FRICK, Präsident, Swiss Retail Federation, Bern

## Beste Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. economiesuisse begleitet wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse und setzt sich für wettbewerbsorientierte Lösungen ein.

Offene Märkte, ein vielfältiges Bildungssystem, der hervorragende Forschungsplatz und eine gut ausgebaute Infrastruktur tragen zum Erfolg der Schweiz bei. Hinzu kommen attraktive Steuern, ein liberales Wirtschafts- und Arbeitsrecht und eine gut funktionierende Sozialpartnerschaft. Keiner dieser Faktoren ist selbstverständlich und auf alle Zeiten gesichert. Die Schweiz steht in einem harten Wettbewerb mit anderen Standorten – ob sie auch in Zukunft ein Erfolgsmodell sein wird, entscheiden die Weichenstellungen von heute.

Die Mission von economiesuisse ist die Schaffung optimaler Rahmenbedingungen für die Schweizer Wirtschaft sowohl für international ausgerichtete Grossunternehmen als auch für KMU. Dazu gehören die Erhaltung des unternehmerischen Freiraums, die kontinuierliche Verbesserung des Produktions- und Forschungsstandorts Schweiz im globalisierten Wettbewerb sowie die Förderung des nachhaltigen Wachstums. Letzteres ist eine Grundvoraussetzung für eine hohe Beschäftigung und die Sicherung des Wohlstands in der Schweiz.

### Eine starke Stimme für die Wirtschaft

Die Schweizer Wirtschaft braucht eine starke Stimme, die ihre Anliegen im politischen Prozess vertritt. Dafür wurde im Jahr 2000 economiesuisse gegründet. Der Verband ging hervor aus einer Fusion des Vororts (Schweizerischer Handels- und Industrieverein) und der wf (Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft). Beide Organisationen brachten ihr spezifisches Know-how in den neuen Verband ein. Der Vorort die fachliche Kompetenz und einen exzellenten Zugang zur Bundesverwaltung, die wf ihre grosse Kommunikations- und Kampagnenerfahrung.

#### Abbildung 14

economiesuisse vertritt 100 000 Schweizer Unternehmen mit 2 Millionen Arbeitnehmern.



Heute sind economiesuisse nicht nur 20 kantonale Industrie- und Handelskammern angeschlossen, sondern auch 100 Branchenverbände und 50 Einzelmitglieder. Insgesamt vertritt der Verband 100 000 Schweizer Unternehmen mit 2 Millionen Arbeitnehmern; KMU und Grossunternehmen, Exporteure und binnenmarktorientierte Unternehmen.

Die wichtigste Aufgabe von economiesuisse besteht darin, die Interessen dieser Unternehmen in den politischen Prozess einzubringen. Zu diesem Zweck pflegt der Wirtschaftsdachverband enge, regelmässige Kontakte zu Regierung, Verwaltung und Parlament. economiesuisse orientiert sich dabei an den Grundsätzen einer freiheitlichen und marktwirtschaftlichen Ordnung und nimmt die soziale und ökologische Verantwortung wahr. Wirtschaftspolitische Themen werden so früh wie möglich erkannt und economiesuisse engagiert sich anschliessend auf allen Stufen des politischen Prozesses: von der Einsitznahme in Expertengruppen über die Beteiligung an Vernehmlassungen bis hin zu Abstimmungskampagnen.

#### **economiesuisse-Geschäftsstellen**

Im Haus der Wirtschaft in Zürich befindet sich der economiesuisse-Hauptsitz. Hinzu kommen Büros in Bern, Genf, Lugano und Brüssel.

Die Vertretung in der Bundeshauptstadt dient als wichtige Verbindungsstelle der Wirtschaft zur Politik. Im Zentrum ihrer Arbeit steht die Sicherstellung des Informationsflusses zwischen Parlament, Verwaltung und Wirtschaft. Die Planung und Koordination der politischen Geschäfte, Kontakte zu den National- und Ständeräten sowie zum Bundeshaus und regelmässige Sessionsberichterstattungen dienen diesem Ziel.

Das Team von economiesuisse in Genf ist für die Kontakte zu den Mitgliedern und Wirtschaftsverbänden, zu Politikerinnen und Politikern auf Bundes- und Kantons-ebene sowie zu den Medien in der Romandie verantwortlich. Es führt ausserdem die eidgenössischen Abstimmungskampagnen in der Westschweiz.

economiesuisse Lugano pflegt einen intensiven Informationsaustausch mit den Tessiner Wirtschafts- und Branchenverbänden, mit der kantonalen Verwaltung und Regierung, mit den norditalienischen Wirtschaftsverbänden und der Schweizerischen Handelskammer in Mailand.

In Brüssel unterhält economiesuisse eine Vertretung, die auch die Präsenz des Schweizerischen Arbeitgeberverbands (SAV) sicherstellt. Sie dient als Verbindungsstelle zum Europäischen Industrie- und Arbeitgeberverband BUSINESS-EUROPE, zu den Diensten der EU-Kommission, zur schweizerischen Mission bei der EU und zur EFTA. Sie unterstützt aber auch schweizerische Wirtschaftsvertreter, die Kontakt zu den Institutionen der EU suchen.

#### **Unsere Dienstleistungen**

Wir koordinieren die Meinungsbildung innerhalb der Wirtschaft und vertreten deren Positionen in der Politik, gegenüber den Medien und in der breiten Öffentlichkeit.

Wir bieten eine breite und schlagkräftige Plattform für die Interessenvertretung in Bern.

Wir beraten kompetent in politischen Anliegen.

Wir unterstützen konkrete Anliegen unserer Mitglieder im politischen Prozess.

Wir verfassen Analysen und Studien und vermitteln Hintergrundwissen zur Wirtschaftspolitik.

Wir verschaffen Zugang zu Wirtschaftskreisen, politischen Entscheidungsträgern und Behörden und organisieren Wirtschaftsdelegationen.

Wir nehmen regelmässig Stellung zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen.

Wir bieten Mediens Schulungen für Mitglieder und Politiker an.

Wir führen erfolgreiche Abstimmungskampagnen.

# Mitglieder

## INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMERN UND REGIONALE ORGANISATIONEN

### AARGAUISCHE INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER

Entfelderstrasse 11, Postfach, 5001 Aarau  
www.aihk.ch

### AITI ASSOCIAZIONE INDUSTRIE TICINESI

Corso Elvezia 16, Casella postale 5130,  
6901 Lugano  
www.aiti.ch

### CAMERA DI COMMERCIO DELL'INDUSTRIA E DELL'ARTIGIANATO DEL CANTONE TICINO

Corso Elvezia 16, Casella postale, 6901 Lugano  
www.cc-ti.ch

### CHAMBRE DE COMMERCE ET D'INDUSTRIE DU JURA

Rue de l'Avenir 23, Case postale 274,  
2800 Delémont 1  
www.cci-j.ch

### CHAMBRE DE COMMERCE, D'INDUSTRIE ET DES SERVICES DE GENÈVE

4, boulevard du Théâtre, Case postale 5039,  
1211 Genève 11  
www.cci-g.ch

### CHAMBRE DE COMMERCE FRIBOURG

Route du Jura 37, Case postale 304,  
1701 Fribourg  
www.cfcis.ch

### CHAMBRE NEUCHÂTELOISE DU COMMERCE ET DE L'INDUSTRIE

Rue de la Serre 4, Case postale,  
2001 Neuchâtel  
www.nci.ch

### CHAMBRE VALAISANNE DE COMMERCE ET D'INDUSTRIE

Rue Pré-Fleuri 6, Case postale 288, 1951 Sion  
www.cci-valais.ch

### CHAMBRE VAUDOISE DU COMMERCE ET DE L'INDUSTRIE

Avenue d'Ouchy 47, Case postale 315,  
1001 Lausanne  
www.cvc.ch

### FÉDÉRATION DES ENTREPRISES ROMANDES GENÈVE

98, rue de St-Jean, Case postale 5278,  
1211 Genève 11  
www.fer-ge.ch

### GLARNER HANDELSKAMMER

Spielhof 14a, 8750 Glarus  
www.glhk.ch

### HANDELS- UND INDUSTRIEVEREIN DES KANTONS BERN

Kramgasse 2, Postfach 5464, 3001 Bern  
www.bern-cci.ch

### HANDELS- UND INDUSTRIEVEREIN DES KANTONS SCHWYZ

Gersauerstrasse 7, Postfach 618,  
6440 Brunnen  
www.h-i-sz.ch

### HANDELSKAMMER BEIDER BASEL

Aeschenvorstadt 67, Postfach, 4010 Basel  
www.hkbb.ch

### HANDELSKAMMER UND ARBEITGEBERVERBAND GRAUBÜNDEN

Hinterm Bach 40, Postfach 203, 7002 Chur  
www.hkgr.ch

### HANDELSKAMMER UND ARBEITGEBER-VEREINIGUNG WINTERTHUR

Neumarkt 15, Postfach, 8401 Winterthur  
www.haw.ch

### INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER ST. GALLEN-APPENZEL

Gallusstrasse 16, Postfach, 9001 St. Gallen  
www.ihk.ch

### INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER THURGAU

Schmidstrasse 9, Postfach 396,  
8570 Weinfelden  
www.ihk-thurgau.ch

### INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER ZENTRALSCHWEIZ

Kapellplatz 2, Postfach 3142, 6002 Luzern  
www.hkz.ch

### LIECHTENSTEINISCHE INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER

Altenbach 8, 9490 Vaduz  
www.lihk.li

### SOLOTHURNER HANDELSKAMMER

Grabackerstrasse 6, Postfach 1554,  
4502 Solothurn  
www.sohk.ch

### UNION DES INDUSTRIELS VALAISANS

Case postale 2106, 1950 Sion 2

### ZUGER WIRTSCHAFTSKAMMER

Gubelstrasse 11, 6300 Zug  
www.zwk.ch

### ZÜRCHER HANDELSKAMMER

Bleicherweg 5, Postfach 3058, 8022 Zürich  
www.zurichcci.ch

## VERBÄNDE

### AEROSUISSE SCHWEIZ. DACHVERBAND DER LUFT- UND RAUMFAHRT

Monbijoustrasse 14, Postfach 5236, 3001 Bern  
www.aerosuisse.ch

### ASCO ASSOCIATION OF MANAGEMENT CONSULTANTS SWITZERLAND

Weinbergstrasse 31, Postfach, 8006 Zürich  
www.asco.ch

### ASSOCIATION PATRONALE DE L'HORLOGERIE ET DE LA MICROTECHNIQUE APHM

Rue de la Gare 7, Case postale 16,  
2501 Biel/Bienne

### ASSOCIATION SUISSE DES FABRICANTS ET COMMERÇANTS DE MÉTAUX PRÉCIEUX

Boulevard des Eplatures 42, Case postale,  
2304 La Chaux-de-Fonds

### ASUT SCHWEIZERISCHER VERBAND DER TELEKOMMUNIKATION

Klösterlistutz 8, 3013 Bern  
www.asut.ch

### AUSSENWERBUNG SCHWEIZ AWS

Giesshübelstrasse 4, 8045 Zürich  
www.aussenwerbung-schweiz.ch

### AUTO-SCHWEIZ VEREINIGUNG SCHWEIZER AUTOMOBIL-IMPORTEURE

Mittelstrasse 32, Postfach 5232, 3001 Bern  
www.auto-schweiz.ch

### AVIA VEREINIGUNG UNABHÄNGIGER SCHWEIZER IMPORTEURE VON ERDÖLPRODUKTEN

Badenerstrasse 329, Postfach, 8040 Zürich  
www.avia.ch

### BISCOUISSE SCHWEIZERISCHER VERBAND DER BACKWAREN- UND ZUCKERWAREN-INDUSTRIE

Münzgraben 6, Postfach 259, 3000 Bern 7  
www.biscosuisse.ch

### CEMSUISSE VERBAND DER SCHWEIZERISCHEN ZEMENTINDUSTRIE

Marktgasse 53, 3011 Bern  
www.cemsuisse.ch

### CHOCOSUISSE VERBAND SCHWEIZERISCHER SCHOKOLADEFABRIKANTEN

Münzgraben 6, Postfach 1007, 3000 Bern 7  
www.chocosuisse.ch

### DACHVERBAND SCHWEIZERISCHER MÜLLER

Thunstrasse 82, Postfach 1009, 3000 Bern 6  
www.dsm-fms.ch

### DACHVERBAND SCHWEIZERISCHER SPEZIALMÜHLEN

Thunstrasse 82, Postfach 1009, 3000 Bern 6

### ELECTROSUISSE

Luppenstrasse 1, 8320 Fehraltorf  
www.electrosuisse.ch

### ERDÖL-VEREINIGUNG

Spitalgasse 5, 8001 Zürich  
www.erdoel.ch

---

**FASMED SCHWEIZERISCHE MEDIZINALTECHNIK**

Worbstrasse 52, Postfach 160,  
 3074 Muri b. Bern  
[www.fasmed.ch](http://www.fasmed.ch)

---

**FÉDÉRATION DE L'INDUSTRIE  
 HORLOGÈRE SUISSE FH**

Rue de l'Argent 6, Case postale 560,  
 2501 Biel/Bienne  
[www.fhs.ch](http://www.fhs.ch)

---

**FORUM SCHWEIZER SELBSTREGULIERUNGS-  
 ORGANISATIONEN (FORUM SRO)**

Rämistrasse 5, Postfach  
 8024 Zürich  
[www.forumoar.ch](http://www.forumoar.ch)

---

**HOTELLERIESUISSE**

Monbijoustrasse 130, Postfach, 3001 Bern  
[www.hotelleriesuisse.ch](http://www.hotelleriesuisse.ch)

---

**IFPI SCHWEIZ**

Kraftstrasse 30, 8044 Zürich  
[www.ifpi.ch](http://www.ifpi.ch)

---

**IGFV GESCHÄFTSSTELLE INTERESSEN-  
 GEMEINSCHAFT FLEXIBLE VERPACKUNGEN**

Tödistrasse 47, Postfach 1507, 8027 Zürich

---

**INTERESSENGEMEINSCHAFT TEE,  
 GEWÜRZE UND VERWANDTE PRODUKTE**

Elfenstrasse 19, Postfach 1009, 3000 Bern 6

---

**KEP & MAIL**

c/o simplus ag, Thunstrasse 17, Postfach 343,  
 3000 Bern 6  
[www.kepmail.ch](http://www.kepmail.ch)

---

**KUNSTSTOFF VERBAND SCHWEIZ (KVS)**

Schachenallee 29 C, 5000 Aarau  
[www.kvs.ch](http://www.kvs.ch)

---

**ORGANISME D'AUTORÉGULATION  
 DES GÉRANTS DE PATRIMOINE (OAR-G)**

2, rue Pedro Meylan, Case postale 107,  
 1211 Genève 17  
[www.oarg.ch](http://www.oarg.ch)

---

**PRIVATKLINIKEN SCHWEIZ**

Worbstrasse 52, Postfach 160,  
 3074 Muri b. Bern  
[www.privatehospitals.ch](http://www.privatehospitals.ch)

---

**PROMARCA SCHWEIZERISCHER**

**MARKENARTIKELVERBAND**  
 Bahnhofplatz 1, 3011 Bern  
[www.promarca.ch](http://www.promarca.ch)

---

**SCHWEIZER BRAUEREI-VERBAND**

Engimattstrasse 11, Postfach 2124,  
 8027 Zürich  
[www.bier.ch](http://www.bier.ch)

---

**SCHWEIZER CASINO VERBAND**

Marktgasse 50, Postfach 593, 3000 Bern 7  
[www.switzerlandcasinos.ch](http://www.switzerlandcasinos.ch)

---

**SCHWEIZER WERBUNG SW**

Kappelerstrasse 14, Postfach 3021, 8022 Zürich  
[www.sw-ps.ch](http://www.sw-ps.ch)

---

**SCHWEIZERISCHE BANKIERVEREINIGUNG**

Aeschenplatz 7, Postfach 4182, 4002 Basel  
[www.swissbanking.org](http://www.swissbanking.org)

---

**SCHWEIZERISCHE NORMEN-VEREINIGUNG**

Bürglistrasse 29, 8400 Winterthur  
[www.snv.ch](http://www.snv.ch)

---

**SCHWEIZERISCHER BAUMEISTERVERBAND**

Weinbergstrasse 49, Postfach, 8042 Zürich  
[www.baumeister.ch](http://www.baumeister.ch)

---

**SCHWEIZERISCHER HEFEVERBAND**

Thunstrasse 82, Postfach 1009, 3000 Bern 6

---

**SCHWEIZERISCHER KOSMETIK-  
 UND WASCHMITTELVERBAND**

Breitingenstrasse 35, Postfach 2138,  
 8027 Zürich  
[www.skw-cds.ch](http://www.skw-cds.ch)

---

**SCHWEIZERISCHER LEASINGVERBAND SLV**

Rämistrasse 5, Postfach, 8024 Zürich  
[www.leasingverband.ch](http://www.leasingverband.ch)

---

**SCHWEIZERISCHER OBSTVERBAND**

Baarerstrasse 88, Postfach 2559, 6302 Zug  
[www.swissfruit.ch](http://www.swissfruit.ch)

---

**SCHWEIZERISCHER REISEBÜRO-VERBAND**

Etzelstrasse 42, Postfach, 8038 Zürich  
[www.srv.ch](http://www.srv.ch)

---

**SCHWEIZERISCHER VERSICHERUNGSVERBAND  
 SVV**

C. F. Meyer-Strasse 14, Postfach 4288,  
 8022 Zürich  
[www.svv.ch](http://www.svv.ch)

---

**SCHWEIZERISCHES VERPACKUNGSINSTITUT**

Brückfeldstrasse 18, 3000 Bern 9  
[www.svi-verpackung.ch](http://www.svi-verpackung.ch)

---

**SCIENCEINDUSTRIES**

Nordstrasse 15, Postfach, 8021 Zürich  
[www.scienceindustries.ch](http://www.scienceindustries.ch)

---

**SIAA SWISS INTERNATIONAL AIRPORTS  
 ASSOCIATION**

Postfach, 8058 Zürich-Flughafen  
[www.siaa.ch](http://www.siaa.ch)

---

**SIBA VERBAND SCHWEIZERISCHER  
 VERSICHERUNGSBROKER**

Kreuzstrasse 42, 8008 Zürich  
[www.siba.ch](http://www.siba.ch)

---

**SIMSA – SWISS INTERACTIVE MEDIA  
 AND SOFTWARE ASSOCIATION**

Postfach 1211, 8032 Zürich  
[www.simsa.ch](http://www.simsa.ch)

---

**SPEDLOGSWISS VERBAND SCHWEIZERISCHER**

**SPEDITIONS- UND LOGISTIKUNTERNEHMEN**  
 Elisabethenstrasse 44, Postfach, 4002 Basel  
[www.spedlogswiss.com](http://www.spedlogswiss.com)

---

**SWICO**

Hardturmstrasse 103, 8005 Zürich  
[www.swico.ch](http://www.swico.ch)

---

**SWISS CIGARETTE**

Monbijoustrasse 14, Postfach 5236, 3001 Bern  
[www.swiss-cigarette.ch](http://www.swiss-cigarette.ch)

---

**SWISS CONVENIENCE FOOD ASSOCIATION**

Elfenstrasse 19, Postfach 1009, 3000 Bern 6  
[www.swissfoodind.ch](http://www.swissfoodind.ch)

---

**SWISS ENGINEERING STV**

Weinbergstrasse 41, 8006 Zürich  
[www.swissengineering.ch](http://www.swissengineering.ch)

---

**SWISS FUNDS ASSOCIATION SFA**

Dufourstrasse 49, Postfach, 4002 Basel  
[www.sfa.ch](http://www.sfa.ch)

---

**SWISS RETAIL FEDERATION**

Marktgasse 50, Postfach 575, 3000 Bern 7  
[www.swiss-retail.ch](http://www.swiss-retail.ch)

---

**SWISSCABLE VERBAND FÜR**

**KOMMUNIKATIONSNETZE**  
 Kramgasse 5, Postfach 515, 3000 Bern 8  
[www.swisscable.ch](http://www.swisscable.ch)

---

**SWISSCHAM VERBAND SCHWEIZERISCHER  
 AUSSENWIRTSCHAFTSKAMMERN**

Wiesenstrasse 10, Postfach 1073, 8032 Zürich  
[www.swisscham.ch](http://www.swisscham.ch)

---

**SWISS BIOTECH ASSOCIATION**

Wengistrasse 7, 8004 Zürich  
[www.swissbiotech.org](http://www.swissbiotech.org)

---

**SWISSELECTRIC**

Seilerstrasse 3, Postfach 7950, 3001 Bern  
[www.swisselectric.ch](http://www.swisselectric.ch)

---

**SWISSHOLDINGS VERBAND DER**

**INDUSTRIE- UND DIENSTLEISTUNGSKONZERNE  
 DER SCHWEIZ**  
 Nägeligasse 13, Postfach 402, 3000 Bern 7  
[www.swissholdings.ch](http://www.swissholdings.ch)

---

**SWISSMEM**

Kirchenweg 4, Postfach, 8032 Zürich  
[www.swissmem.ch](http://www.swissmem.ch)

---

**SWISSOLIO**

Elfenstrasse 19, Postfach 1009, 3000 Bern 6

---

**SWISSPASTA VEREINIGUNG DER**

**SCHWEIZERISCHEN TEIGWARENINDUSTRIE**  
 Elfenstrasse 19, Postfach 1009, 3000 Bern 6

---

**SWISSPLAY VERBAND DER SCHWEIZERISCHEN**

**SPIELAUTOMATENBRANCHEN**  
 Bahnhofzentrum, Postfach 10, 3000 Bern 6  
[www.swiss-play.ch](http://www.swiss-play.ch)

# Mitglieder

---

**SWISSRAIL INDUSTRY ASSOCIATION**

Effingerstrasse 8, 3001 Bern  
www.swissrail.com

---

**SWISS SHIPPERS' COUNCIL**

Avenue Ruchonnet 57, Case postale 1346,  
1001 Lausanne  
www.swiss-shippers.ch

---

**TELESUISSE VERBAND DER  
SCHWEIZER REGIONALFERNSEHEN**

Via Carona 6, 6815 Melide  
www.telesuisse.ch

---

**TREUHAND-KAMMER**

Limmatquai 120, Postfach 1477, 8021 Zürich  
www.treuhand-kammer.ch

---

**TVS TEXTILVERBAND SCHWEIZ**

Beethovenstrasse 20, Postfach 2900,  
8022 Zürich  
www.tv.s.ch

**USIC SCHWEIZERISCHE VEREINIGUNG  
BERATENDER INGENIEURUNTERNEHMUNGEN**  
Aarberggasse 16/18, 3011 Bern  
www.usic.ch

---

**VAP VERBAND VERLADER ANSCHLUSSGELEISE  
PRIVATGÜTERWAGEN**

Postfach 31, 8142 Uitikon Waldegg  
www.cargorail.ch

---

**VERBAND DER SCHWEIZER DRUCKINDUSTRIE**

Schosshaldenstrasse 20, 3006 Bern  
www.druckindustrie.ch

---

**VERBAND DER SCHWEIZERISCHEN  
GASINDUSTRIE**

Grütlistrasse 44, Postfach, 8027 Zürich  
www.erdgas.ch

---

**VERBAND DER SCHWEIZERISCHEN  
SCHMELZKÄSEINDUSTRIE SESK**

Thunstrasse 82, Postfach 1009, 3000 Bern 6

---

**VERBAND DER SCHWEIZERISCHEN  
ZELLSTOFF-, PAPIER- UND KARTONINDUSTRIE**

Bergstrasse 110, Postfach, 8032 Zürich  
www.zpk.ch

---

**VERBAND DES SCHWEIZERISCHEN  
VERSANDHANDELS VSV**

General Wille-Strasse 144, 8706 Meilen  
www.vsv-versandhandel.ch

---

**VERBAND SCHWEIZER MEDIEN**

Konradstrasse 14, Postfach, 8021 Zürich  
www.schweizermedien.ch

---

**VERBAND SCHWEIZER PRIVATRADIO (VSP)**

Speichergasse 37, 3011 Bern  
www.vsp-asrp.ch

---

**VERBAND SCHWEIZERISCHER  
ELEKTRIZITÄTSUNTERNEHMEN**

Hintere Bahnhofstrasse 10, Postfach,  
5001 Aarau  
www.vse.ch

---

**VERBAND SCHWEIZERISCHER  
FILIALUNTERNEHMUNGEN**

Frohburgstrasse 98, 8006 Zürich  
www.vsf-schweiz.ch

---

**VERBAND SCHWEIZERISCHER  
GENERALUNTERNEHMER VSGU**

Effingerstrasse 13, 3011 Bern  
www.vsgu.ch

---

**VERBAND SCHWEIZERISCHER  
GLACÉ- & EISCREAM-FABRIKANTEN**

Elfenstrasse 19, Postfach 1009, 3000 Bern 6  
www.swissfoodind.ch

---

**VERBAND SCHWEIZERISCHER HERSTELLER  
VON SUPPEN UND SAUCEN**

Elfenstrasse 19, Postfach 1009, 3000 Bern 6

---

**VERBAND SCHWEIZERISCHER  
KANTONALBANKEN**

Wallstrasse 8, Postfach, 4002 Basel  
www.vskb.ch

**VERBAND SCHWEIZERISCHER KREDITBANKEN  
UND FINANZIERUNGSINSTITUTE**  
Uraniastrasse 12, Postfach 3228, 8021 Zürich  
www.vskf.org

---

**VERBAND SCHWEIZERISCHER MINERALQUELLEN  
UND SOFTDRINK-PRODUZENTEN**

Engimattstrasse 11, Postfach 2124,  
8027 Zürich  
www.mineralwasser.ch

---

**VERBAND SCHWEIZERISCHER PRIVATSCHULEN**

Hotelgasse 1, Postfach, 3000 Bern 7  
www.swiss-schools.ch

---

**VERBAND SCHWEIZERISCHER  
STAHLRÖHRENWERKE**

Rämistrasse 29, 8001 Zürich

---

**VERBAND SCHWEIZERISCHER  
VERMÖGENSVERWALTER VSV**

Bahnhofstrasse 35, 8001 Zürich  
www.vsv-asg.ch

---

**VERBAND SCHWEIZERISCHER  
WERBEGESELLSCHAFTEN VSW**

Avenue Mon-Repos 22, Case postale 7203,  
1002 Lausanne  
www.vsw-assp.ch

---

**VEREINIGUNG DER PRIVATEN  
AKTIENGESELLSCHAFTEN**

St. Jakobs-Strasse 7, Postfach 2879,  
4002 Basel  
www.vpag.ch

---

**VEREINIGUNG DER SCHWEIZERISCHEN  
MILCHINDUSTRIE**

Thunstrasse 82, Postfach 1009, 3000 Bern 6  
www.milchindustrie.ch

---

**VEREINIGUNG SCHWEIZERISCHER  
GLASFABRIKEN**

Schützenmattstrasse 266, Postfach,  
8180 Bülach

---

**VEREINIGUNG SCHWEIZERISCHER HERSTELLER  
VON DIÄT- UND SPEZIALNAHRUNGEN**

Elfenstrasse 19, Postfach 1009, 3000 Bern 6

---

**VEREINIGUNG SCHWEIZERISCHER  
UNTERNEHMEN IN DEUTSCHLAND**

Gellertstrasse 18, 4052 Basel  
www.vsud.ch

---

**VIPS VEREINIGUNG PHARMAFIRMEN  
IN DER SCHWEIZ**

Baarerstrasse 2, Postfach 4856, 6304 Zug  
www.vips.ch

---

**VISCOM SCHWEIZERISCHER VERBAND  
FÜR VISUELLE KOMMUNIKATION**

Speichergasse 35, Postfach 678, 3000 Bern 7  
www.viscom.ch

---

**VSIG HANDEL SCHWEIZ**

Güterstrasse 78, Postfach 656, 4010 Basel  
www.vsig.ch

---

**VQF VEREIN ZUR QUALITÄTSSICHERUNG  
VON FINANZDIENSTLEISTUNGEN**

Baarerstrasse 112, Postfach, 6302 Zug  
www.vqf.ch

---

**EINZELMITGLIEDER  
UND ANDERE ORGANISATIONEN**


---

**ACCENTURE AG**

Fraumünsterstrasse 16, Postfach, 8022 Zürich  
www.accenture.ch

---

**ADECCO MANAGEMENT & CONSULTING SA**

Sägereistrasse 10, Postfach, 8152 Glattbrugg  
www.adecco.com

---

**ALPIQ HOLDING AG**

Bahnhofquai 12, 4601 Olten  
www.alpiq.com

---

**AXPO HOLDING AG**

Parkstrasse 23, Postfach, 5401 Baden  
www.axpo.ch

---

**BIBUS HOLDING AG**

Allmendstrasse 26, 8320 Fehraltorf  
www.bibus.ch

---

**BKW FMB ENERGIE AG**

Viktoriaplatz 2, Postfach, 3000 Bern 25  
www.bkw-fmb.ch

---

**CAPITAL INTERNATIONAL SA**

3, place des Bergues, 1201 Genève  
www.capgroup.com

---

**CENTRALSCHWEIZERISCHE KRAFTWERKE AG**

Hirschengraben 33, Postfach, 6002 Luzern  
www.ckw.ch

<b>CHEMOLIO HOLDING AG</b> Seehofstrasse 6, 8008 Zürich	<b>IGEB – INTERESSENGEMEINSCHAFT DER ENERGIEINTENSIVEN BASISINDUSTRIEN</b> Bergstrasse 110, 8032 Zürich www.energieintensive.ch	<b>PRIVATKLINIKGRUPPE HIRSLANDEN</b> Seefeldstrasse 214, 8008 Zürich www.hirslanden.ch
<b>CHOCOLADEFABRIKEN LINDT &amp; SPRÜNGLI (SCHWEIZ) AG</b> Seestrasse 204, 8802 Kilchberg ZH www.lindt.com/switzerland	<b>IKEA AG</b> Grüssenweg 15, 4133 Pratteln www.ikea.com	<b>PROCTER &amp; GAMBLE EUROPE SA</b> 47, route de Saint-Georges, 1213 Petit-Lancy 1 www.pg.com
<b>CLEAR CHANNEL PLAKANDA GMBH</b> Beckenhofstrasse 6, 8006 Zürich www.plakat.ch	<b>IMPLENIA MANAGEMENT SA</b> Industriestrasse 24, 8305 Dietlikon www.implenia.com	<b>PUBLICGROUPE S.A.</b> Avenue Mon-Repos 22, Case postale 7203, 1002 Lausanne www.publigroupe.com
<b>CLS COMMUNICATION AG</b> Sägereistrasse 33, 8152 Glattbrugg–Zürich www.cls-communication.com	<b>KABELWERKE BRUGG AG HOLDING</b> Industriestrasse 21, 5201 Brugg AG www.brugg.com	<b>ROLAND BERGER AG STRATEGY CONSULTANTS</b> Holbeinstrasse 22, 8008 Zürich www.rolandberger.ch
<b>DESCO VON SCHULTHESS HOLDING AG</b> Brandschenkestrasse 2, 8001 Zürich www.desco-group.com	<b>KUDELSKI GROUP</b> Route de Genève 22 – 24, Case postale 134, 1033 Cheseaux www.nagra.com	<b>SCHUBARTH + CO AG</b> Lange Gasse 90, Postfach, 4002 Basel www.schubarth.ch
<b>DKSH HOLDING AG</b> Wiesenstrasse 8, Postfach 888, 8034 Zürich www.dksh.com	<b>KPMG AG</b> Badenerstrasse 172, 8026 Zürich www.kpmg.ch	<b>SIX GROUP AG</b> Selnaustrasse 30, Postfach 1758, 8021 Zürich www.six-group.ch
<b>EBAY INTERNATIONAL AG</b> Helvetiastrasse 15/17, Postfach 133, 3000 Bern 6 www.ebay.com	<b>MAUS FRÈRES SA</b> 6, rue de Cornavin, Case postale 1880, 1211 Genève 1 www.maus.ch	<b>SOCIÉTÉ GÉNÉRALE DE SURVEILLANCE SA</b> 1, place des Alpes, Case postale 2152, 1211 Genève 1 www.sgs.com
<b>F. HOFFMANN-LA ROCHE AG</b> Postfach, 4070 Basel www.roche.com	<b>MCKINSEY &amp; COMPANY, INC. SWITZERLAND</b> Hotelstrasse, Postfach, 8060 Zürich www.mckinsey.ch	<b>STIFTUNG KMU NEXT</b> Schwarztorstrasse 26, Postfach, 3001 Bern www.kmunext.ch
<b>FIRMENICH SA</b> 7, rue de la Bergère, Case postale 148, 1217 Meyrin www.firmenich.com	<b>MICROSOFT SCHWEIZ GMBH</b> Richtstrasse 3, 8304 Wallisellen www.microsoft.com/switzerland	<b>SUNRISE COMMUNICATIONS AG</b> Hagenholzstrasse 20 / 22, 8050 Zürich www.sunrise.ch
<b>FREI CONNECT</b> Radgasse 3, Postfach, 8021 Zürich www.freiconnect.ch	<b>MÖBEL PFISTER AG</b> Bernstrasse Ost 49, Postfach, 5034 Suhr www.pfister.ch	<b>SWISS INTERNATIONAL AIR LINES LTD.</b> Postfach, 4002 Basel www.swiss.com
<b>FRUTIGER AG</b> Frutigenstrasse 37, Postfach 2160, 3601 Thun www.frutiger.com	<b>NESTLÉ SUISSE SA</b> Rue d'Entre-Deux-Villes 10, Case postale 352, 1800 Vevey www.nestle.ch	<b>SWISSCOM AG</b> Alte Tiefenauerstrasse 6, Postfach, 3050 Bern www.swisscom.ch
<b>GALENICA AG</b> Untermattweg 8, Postfach, 3001 Bern www.galenica.ch	<b>NOVARTIS INTERNATIONAL AG</b> Postfach, 4002 Basel www.novartis.com	<b>TRANSOCEAN LTD.</b> Turmstrasse 30, 6300 Zug www.deepwater.com
<b>GE MONEY BANK</b> Bändliweg 20, 8048 Zürich www.gemoney.ch	<b>OMYA (SCHWEIZ) AG</b> Baslerstrasse 42, Postfach 32, 4665 Oftringen www.omya.com	<b>VOLKSWIRTSCHAFTSDIREKTION DES KANTONS ZÜRICH</b> Walchestrasse 19, Postfach, 8090 Zürich www.awa.zh.ch
<b>GIVAUDAN SUISSE SA</b> 5, chemin de la Parfumerie, 1214 Vernier www.givaudan.com	<b>OTTO BEISHEIM HOLDING GMBH</b> Neuhofstrasse 4, 6340 Baar www.beisheim.ch	<b>WORLD ECONOMIC FORUM WEF</b> 91–93, route de la Capite, 1223 Cologny www.weforum.org
<b>GOOGLE SWITZERLAND GMBH</b> Brandschenkestrasse 110, 8002 Zürich www.google.ch	<b>PHILIP MORRIS INTERNATIONAL MANAGEMENT SA</b> Avenue de Rhodanie 50, Case postale 1171, 1007 Lausanne www.philipmorrisinternational.com	
<b>HAPIMAG</b> Neuhofstrasse 8, 6349 Baar www.hapimag.com	<b>PRICEWATERHOUSECOOPERS AG</b> Birchstrasse 160, Postfach, 8050 Zürich www.pwc.ch	
<b>IBM SCHWEIZ AG</b> Vulkanstrasse 106, Postfach, 8010 Zürich www.ibm.com		

Stand: Juni 2013

# Vorstandsausschuss

## PRÄSIDENT

**1 DR. RUDOLF WEHRLI**  
Präsident, economiesuisse, Zürich

## VIZEPRÄSIDENTEN

**2 PATRICK ODIER**  
Präsident, Schweizerische  
Bankiervereinigung, Basel

**3 CHRISTOPH MÄDER**  
Präsident, scienceindustries, Zürich

**4 HANS HESS**  
Präsident, Swissmem, Zürich



## QUÄSTOR

**5 DR. ROLF DÖRIG**  
Präsident des Verwaltungsrats,  
Swiss Life AG, Zürich

## WEITERE MITGLIEDER

**6 URS BERGER**, Präsident Schweizerischer  
Versicherungsverband (SVV), Zürich

**7 GUGLIELMO L. BRENTEL**, Präsident,  
hotelleriesuisse, Bern **8 WERNER HUG**,  
Präsident des Verwaltungsrats, Hug AG,  
Malters **9 DR. CHRISTOPH LINDENMEYER**,  
Präsident des Verwaltungsrats, Schindler  
Management AG, Ebikon **10 HANSUELI LOOSLI**,  
Verwaltungsratspräsident, Swisscom AG,  
Worbblauen **11 DR. HANSPETER RENTSCH**,  
Mitglied der Konzernleitung, The Swatch  
Group Ltd., Biel/Bienne **12 URS ROHNER**,  
Präsident des Verwaltungsrats, Credit Suisse  
Group AG, Zürich **13 BERNARD RÜEGER**,  
Präsident, Chambre vaudoise du commerce  
et de l'industrie – CVCI, Lausanne

**14 HANS E. SCHWEICKARDT**, Präsident des  
Verwaltungsrats, ALPIQ Holding AG,  
Lausanne **15 DR. ROLF SOIRON**, Präsident  
des Verwaltungsrats, Holcim Ltd., Zürich  
und Lonza Ltd., Basel **16 OLIVIER STEIMER**,  
Präsident des Verwaltungsrats, Banque  
Cantonale Vaudoise, Lausanne

**17 CHRISTOPH TOBLER**, CEO, Sefar Holding AG,  
Thal **18 VALENTIN VOGT**, Präsident,  
Schweizerischer Arbeitgeberverband, Zürich



# Vorstand



VORWORT  
 ALLGEMEINE WIRTSCHAFTSPOLITIK  
 AUSSENWIRTSCHAFTSPOLITIK  
 STEUERN  
 FINANZEN  
 INFRASTRUKTUR  
 ENERGIE UND UMWELT  
 BILDUNG UND FORSCHUNG  
 REGULATORISCHES  
 WETTBEWERB  
 KOMMUNIKATION UND KAMPAGNEN  
**ÜBER ECONOMIESUISSE**

**1 MICHAEL AGORAS**, Country Manager Switzerland, Adecco Human Resources AG, Glattbrugg **2 DR. ANDREAS BURCKHARDT**, Verwaltungsratspräsident, Bâloise Holding AG, Basel **3 PH. OLIVIER BURGER**, CEO, PKZ Burger-Kehl & Co. AG, Urdorf

**4 DOMINIK BÜRGY**, Präsident, Treuhandkammer, Zürich **5 DR. CHRISTIAN CASAL**, Leiter, McKinsey Schweiz, Zürich Flughafen **6 ALEARDO CATTANEO**, CEO und Delegierter des Verwaltungsrats, Ferriere Cattaneo SA, Giubiasco

**7 HANS-PETER DOMANIG**, Präsident, Verband Schweizerischer Generalunternehmer – VSGU, Bern **8 WALTER FREY**, Präsident des Verwaltungsrats, Emil Frey AG, Zürich **9 BRUNO FRICK**, Präsident, Swiss Retail Federation, Bern

**10 DAVID P. FRICK**, Mitglied der Konzernleitung, Nestlé S.A., Vevey **11 LUKAS GÄHWILER**, CEO UBS Schweiz, UBS AG, Zürich **12 FRÉDÉRIC GEISSBÜHLER**, Präsident und Verwaltungsrat in verschiedenen Unternehmen

**13 WERNER GEISSLER**, COO, Procter & Gamble Company, Cincinnati **14 DR. ROLF HARTL**, Präsident, Erdöl-Vereinigung EV, Zürich **15 HARRY HOHMEISTER**, CEO, Swiss International Air Lines AG, Zürich-Flughafen

**16 RUDOLF HUG**, Präsident des Verwaltungsrats, HT-Holding AG, Baden-Dättwil **17 THOMAS ISLER**, Vizepräsident und Delegierter des Verwaltungsrats, Gessner AG, Wädenswil **18 HEINZ KARRER**, CEO, Axpo Holding AG, Baden

**19 ALBERT KAUFMANN**, General Counsel / Member of the Group's Management Committee, Richemont International SA, Bellevue **20 DR. GOTTLIEB A. KELLER**, Mitglied der Konzernleitung, Roche Holding AG, Basel **21 DANIEL KNECHT**, Präsident, Aargauische Industrie- und Handelskammer, Aarau

**22 ANDRÉ KUDELSKI**, Präsident und CEO, Kudelski Group, Cheseaux-sur-Lausanne **23 PROF. DR. AXEL P. LEHMANN**, Chief Risk Officer, Zurich Insurance Group Ltd., Zürich **24 DR. HAJO LEUTENEGER**, Präsident, Verband der Schweizerischen Gasindustrie, Zug

**25 ULRICH JAKOB LOOSER**, Partner, BLR & Partners AG, Thalwil **26 BERNHARD LUDWIG**, Präsident, Handels- und Industrieverein Bern HIV, Utzenstorf **27 BLAISE MATTHEY**, Generaldirektor, Fédération des Entreprises Romandes Genève, Genève

# Vorstand

**28 DIDIER MAUS**, Präsident, Maus Frères SA, Genève **29 WERNER MESSMER**, Präsident, Schweizerischer Baumeisterverband, Zürich  
**30 ROGER NEININGER**, CEO, KPMG AG, Zürich



**31 DR. MARKUS R. NEUHAUS**, Präsident des Verwaltungsrats, PricewaterhouseCoopers AG, Zürich **32 JEAN-MARC PROBST**, Präsident, Handel Schweiz, Basel **33 PETER QUADRI**, Präsident, Zürcher Handelskammer, Zürich



**34 HANS-PETER ROHNER**, Chairman of the Board und CEO, PubliGroupe S.A., Lausanne  
**35 KURT ROHRBACH**, Vorsitzender der Konzernleitung, BKW FMB Energie AG, Bern  
**36 DR. HUUB SAVELKOULS**, Vice President Fiscal Affairs & International Trade, Philip Morris International Management SA, Lausanne



**37 ROLF G. SCHMID**, CEO, Mammut Sports Group AG, Seon **38 MARTIN SCHOLL**, Vorsitzender der Generaldirektion/CEO, Zürcher Kantonalbank, Zürich **39 ROLF SCHWEIGER**, Präsident, Föderation der Schweizerischen Nahrungsmittelindustrien FIAL, Bern



**40 DR. THOMAS STAEHELIN**, Präsident, Handelskammer beider Basel, Basel  
**41 FRANZISKA A. TSCHUDI SAUBER**, CEO, WICOR Holding AG, Rapperswil SG  
**42 KASPAR E.A. WENGER**, CEO, Holcim (Schweiz) AG, Zürich



**43 DR. JÜRGE WERNER**, Direktionspräsident, V-ZUG AG, Zug **44 HANS WICKI**, Präsident, Industrie und Handelskammer Zentralschweiz, Luzern **45 DR. OLE WIESINGER**, CEO, Privatklinikgruppe Hirslanden, Zürich



**46 RALF WITTENBERG**, General Manager, British American Tobacco Switzerland SA, Lausanne 3 Cour **47 PROF. DR. JÖRG WOLLE**, Präsident & CEO, DKSH Holding AG, Zürich



Stand: Juni 2013

# Kommissionen und Arbeitsgruppen

## AUSSENWIRTSCHAFTS- POLITIK



**BERNARD RÜEGER**  
(Präsident)

**DR. JAN ATTESLANDER**

**ARBEITSGRUPPE GRECO**  
Dr. Jan Atteslander

**ARBEITSGRUPPE WTO**  
Dr. Jan Atteslander

**ARBEITSGRUPPE ZOLL- UND  
URSPRUNGSFRAGEN**  
Sandra Ruckstuhl

**AD-HOC-GRUPPE FHA INDIEN**  
Dr. Jan Atteslander

**AD-HOC-GRUPPE FHA CHINA**  
Prof. Dr. Rudolf Minsch

**AD-HOC-GRUPPE FHA RUBEKA**  
Dr. Jan Atteslander

**ARBEITSGRUPPE ÖFFNUNG  
LANDWIRTSCHAFT**  
Dr. Stefan Vannoni

## WETTBEWERB



**WERNER HUG**  
(Präsident)

**THOMAS PLETSCHER**

**ARBEITSGRUPPE STAAT UND  
WETTBEWERB**  
Thomas Pletscher

**EXPERTENGRUPPE  
GEISTIGES EIGENTUM**  
Dr. Marlis Henze

**ARBEITSGRUPPE SWISSNESS**  
Dr. Marlis Henze

**ARBEITSGRUPPE URHEBERRECHTE**  
Dr. Marlis Henze

**ARBEITSGRUPPE FÜR GESUNDHEIT**  
Dr. Fridolin Marty

## RECHT



**DAVID P. FRICK**  
(Präsident)

**DR. MEINRAD VETTER**

**AUSSCHUSS RECHTSKOMMISSION**  
David Frick (Präsident)  
Dr. Meinrad Vetter

**ARBEITSGRUPPE  
FINANZMARKTREGULIERUNG**  
Dr. Meinrad Vetter

**ARBEITSGRUPPE DATENSCHUTZ**  
Thomas Pletscher

**ARBEITSGRUPPE SWISS CODE**  
Dr. Meinrad Vetter

**ARBEITSGRUPPE RAUMPLANUNG**  
Thomas Teichmüller

**EXPERTENGRUPPE  
KONSUMENTENPOLITIK**  
Dr. Marlis Henze

## ENERGIE UND UMWELT



**RUDOLF HUG**  
(Präsident)

**KURT LANZ**

**ARBEITSGRUPPE KLIMAPOLITIK**  
Urs Näf

**ARBEITSGRUPPE WIRTSCHAFT,  
TECHNIK, UMWELT**  
Kurt Lanz

**ARBEITSGRUPPE NEUE  
ENERGIEPOLITIK**  
Urs Näf/Kurt Lanz

**ARBEITSGRUPPE STROMPREISE**  
Urs Näf

**ARBEITSGRUPPE STROMMARKT**  
Urs Näf

## FINANZEN UND STEUERN



**DR. THOMAS STAEHELIN**  
(Präsident)

**DR. FRANK MARTY**

**ARBEITSGRUPPE  
MEHRWERTSTEUER**  
Dr. Frank Marty

**ARBEITSGRUPPE  
UNTERNEHMENSSTEUERREFORM**  
Dr. Frank Marty

**AD-HOC-ARBEITSGRUPPE  
ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM**  
Dr. Frank Marty

**AD-HOC-ARBEITSGRUPPE  
ERBSCHAFTSSTEUER**  
Dr. Frank Marty

## BILDUNG UND FORSCHUNG



**ULRICH JAKOB LOOSER**  
(Präsident)

**PROF. DR. RUDOLF MINSCH**

**ARBEITSGRUPPE BILDUNGSFRAGEN  
UND OBLIGATORISCHE SCHULE**  
Dr. Stefan Vannoni

## INFRASTRUKTUR



**DR. HANSPETER RENTSCH**  
(Präsident)

**KURT LANZ**

**ARBEITSGRUPPE LUFTFAHRT**  
Kurt Lanz

**ARBEITSGRUPPE POST**  
Sarah Frey

**ARBEITSGRUPPE  
SCHIENE UND STRASSE**  
Marcus Hassler

**ARBEITSGRUPPE SCHIFFFAHRT**  
Handelskammer beider Basel

**ARBEITSGRUPPE ICT-TELEKOM**  
Kurt Lanz

## ARBEITSGRUPPE FÜR KONJUNKTURFRAGEN

**PROF. DR. RUDOLF MINSCH**

## KOMMUNIKATION

**STEERING-COMMITTEE  
ARBEITSGRUPPEN KAMPAGNEN**  
Ursula Fraefel

## ROMANDIE

**FORUM ROMAND**  
Cristina Gaggini

**COMITÉ ROMAND**  
Cristina Gaggini

Stand: Juni 2013

# Geschäftsführerausschuss

## VORSITZ

**DR. PASCAL GENTINETTA**  
Vorsitzender der Geschäftsleitung,  
economiesuisse (bis 18.6.2013)

**PROF. DR. RUDOLF MINSCH**  
Vorsitzender der Geschäftsleitung a.i.,  
economiesuisse (ab 19.6.2013)



## MITGLIEDER

**1 LUCA ALBERTONI**, Direktor, Camera di commercio dell'industria e dell'artigianato del cantone Ticino **2 CLAUDINE AMSTEIN**, Direktorin, Chambre Vaudoise du Commerce et de l'Industrie **3 THOMAS DAUM**, Direktor, Schweizerischer Arbeitgeberverband (Gast)

**4 PETER DIETRICH**, Direktor, Swissmem  
**5 LUCIUS DÜRR**, Direktor, Schweizerischer Versicherungsverband **6 KASPAR ENGELI**, Direktor, VSIG Handel Schweiz

**7 MICHAEL FRANK**, Direktor, Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen  
**8 MAX FRITZ**, Direktor, Verband der Schweizerischen Zellstoff-, Papier- und Kartonindustrie **9 DR. CHRISTOPH JUEN**, CEO, hotelleriesuisse

**10 DR. MARIUS KLAUSER**, Direktor, Treuhänder Kammer **11 VANIA KOHLI-FUSINA**, Geschäftsleiterin, asut Schweizerischer Verband der Telekommunikation **12 DR. DANIEL LEHMANN**, Direktor, Schweizerischer Baumeisterverband

**13 PETER LÜSCHER**, Geschäftsleiter, Aargauische Industrie- und Handelskammer AIHK **14 CLAUDE-ALAIN MARGELISCH**, Vorsitzender der Geschäftsleitung, Schweizerische Bankiervereinigung  
**15 DR. BEAT MOSER**, Direktor, scienceindustries

**16 JEAN-DANIEL PASCHE**, Präsident, Fédération de l'industrie horlogère suisse FH  
**17 VINCENT RIESEN**, Direktor, Chambre valaisanne de commerce et d'industrie  
**18 DR. FRANZ SALADIN**, Direktor, Handelskammer beider Basel

**19 DR. FRANZ U. SCHMID**, Co-Geschäftsführer, Föderation der Schweizerischen Nahrungsmittelindustrien FIAL **20 GEORGES SPICHER**, Direktor, cemsuisse



# Geschäftsleitung

VORWORT  
 ALLGEMEINE WIRTSCHAFTSPOLITIK  
 AUSSENWIRTSCHAFTSPOLITIK  
 STEUERN  
 FINANZEN  
 INFRASTRUKTUR  
 ENERGIE UND UMWELT  
 BILDUNG UND FORSCHUNG  
 REGULATORISCHES  
 WETTBEWERB  
 KOMMUNIKATION UND KAMPAGNEN  
**ÜBER ECONOMIESUISSE**



Von links nach rechts:  
 Kurt Lanz, Ursula Fraefel, Jan Atteslander, Rudolf Minsch, Thomas Pletscher, Cristina Gaggini, Frank Marty

Die Geschäftsleitung von economiesuisse setzt sich wie folgt zusammen:

---

**PROF. DR. RUDOLF MINSCH**  
 Vorsitzender der Geschäftsleitung a.i.

---

**DR. JAN ATTESLANDER**  
 Aussenwirtschaft

---

**URSULA FRAEFEL**  
 Kommunikation und Kampagnen

---

**CRISTINA GAGGINI**  
 Kommunikation Romandie/Tessin

---

**KURT LANZ**  
 Infrastruktur, Energie und Umwelt

---

**DR. FRANK MARTY**  
 Finanzen, Steuern

---

**THOMAS PLETSCHER**  
 Wettbewerb, Regulatorisches

## Geschäftsstellen



### ZÜRICH

**Leitung: Dr. Pascal Gentinetta**

(bis 18.6.2013)

**Prof. Dr. Rudolf Minsch**

(ab 19.6.2013 a.i.)

economiesuisse  
 Verband der Schweizer Unternehmen  
 Hegibachstrasse 47  
 Postfach  
 CH-8032 Zürich

Telefon: +41 44 421 35 35  
 Telefax: +41 44 421 34 34  
 info@economiesuisse.ch  
 www.economiesuisse.ch

### BERN

**Leitung: Regina Ammann**

(bis 30.6.2013)

**Susanne Brunner**

(ab 1.7.2013)

economiesuisse  
 Verband der Schweizer Unternehmen  
 Spitalgasse 4  
 Postfach 304  
 CH-3000 Bern 7

Telefon: +41 31 311 62 96  
 Telefax: +41 31 312 53 50  
 bern@economiesuisse.ch

### GENF

**Leitung: Cristina Gaggini**

economiesuisse  
 Fédération des entreprises suisses  
 Carrefour de Rive 1  
 Case postale 3684  
 CH-1211 Genève 3

Telefon: +41 22 786 66 81  
 Telefax: +41 22 786 64 50  
 geneve@economiesuisse.ch  
 www.economiesuisse.ch/fr

### LUGANO

**Leitung: Angelo Geninazzi**

economiesuisse  
 Federazione delle imprese svizzere  
 Corso Elvezia 16  
 Casella postale 5563  
 CH-6901 Lugano

Telefon: +41 91 922 82 12  
 Telefax: +41 91 923 81 68  
 lugano@economiesuisse.ch  
 www.economiesuisse.ch/it

### BRÜSSEL

**Leitung: François Baur**

economiesuisse  
 Swiss Business Federation  
 Avenue de Cortenbergh 168  
 B-1000 Bruxelles

Telefon: +32 2 280 08 44  
 Telefax: +32 2 280 06 99  
 bruxelles@economiesuisse.ch

## Nationale und internationale Kontakte

### Energie-Agentur der Wirtschaft

Die Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW) unterstützt Unternehmen dabei, ihre klima- und energiepolitischen Ziele zu erreichen. Dabei werden die geltenden Gesetze (CO<sub>2</sub>-Gesetz, Energiegesetz, kantonale Bestimmungen) möglichst effizient und wirkungsvoll umgesetzt. Schweizweit arbeiten heute bereits über 2400 Unternehmen mit der EnAW zusammen. Weiterhin sehr erfreulich ist der Zuwachs aus dem Segment der kleinen und mittleren Betriebe (KMU). Am sogenannten KMU-Modell der EnAW nehmen mittlerweile über 400 Unternehmen teil, dies vorwiegend freiwillig, um Strom und CO<sub>2</sub> und damit Kosten einzusparen. Von besonderer Bedeutung ist hier auch die Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern aus der Wirtschaft, namentlich die finanzielle Unterstützung der KMU durch die von bedeutenden Dienstleistungsunternehmen getragene Klimastiftung Schweiz sowie eine Reihe von Elektrizitätsversorgungsunternehmen, die ihren Kunden die bewährten Instrumente der EnAW empfehlen und entsprechende Anreize zur Umsetzung schaffen. Die Schweizer Wirtschaft ist heute mit dem Erfahrungs- und Leistungsausweis der Energie-Agentur der Wirtschaft gerüstet, um ihren Beitrag an die gewachsenen Ansprüche durch die neue Energiepolitik des Bundes an die Hand zu nehmen. Per 2012 haben die der Energie-Agentur der Wirtschaft angeschlossenen Unternehmen ihren jährlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoss mit den kumuliert wirkenden Massnahmen um 1,4 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> reduziert. Ausserdem verbrauchten sie im Jahr 2012 gegenüber 1990 1,3 TWh weniger Strom. Diese Unternehmen stehen für einen Sechstel der gesamten Schweizer Stromnachfrage.

### Bewährtes Instrument der Wirtschaft

Die erfolgreiche Umsetzung klima- und energiepolitischer Vorgaben durch die EnAW basiert auf den freiwilligen Massnahmen nach dem heute gültigen CO<sub>2</sub>-Gesetz und dem Energiegesetz. Die seit mehr als zehn Jahren praktizierte erfolgreiche Umsetzung der EnAW zeigt den Weg auf, wie sich Klimaschutz, Energieeffizienz und Wettbewerbsfähigkeit erfolgreich kombinieren lassen.

[www.enaw.ch](http://www.enaw.ch)

### BUSINESSEUROPE

Der Europäische Dachverband der Wirtschaft, BUSINESS-EUROPE, vertritt die Interessen von 41 Industrie- und Arbeitgeberverbänden aus über 35 europäischen Ländern. economiesuisse und der Schweizerische Arbeitgeberverband (SAV) sind beide Vollmitglied. BUSINESSEUROPE gilt dank der breiten Abstützung als die Stimme der Unternehmen in

Europa. Der Verband strebt in seiner Arbeit namentlich Reformen des Wirtschaftsrechts zugunsten von Wachstum und Marktintegration an. Er setzt sich zudem ein für die Effizienz der öffentlichen Hand, den Kampf gegen Protektionismus, eine nachhaltige Energiewirtschaft und Reformen der europäischen Sozialsysteme.

[www.businesseurope.eu](http://www.businesseurope.eu)

### ICC

Die 1919 gegründete International Chamber of Commerce (ICC) vertritt weltweit die Interessen der Privatwirtschaft. Sie verfolgt und beeinflusst die Entwicklung der internationalen Reglementierungen, erarbeitet Selbstregulierungen zur Erleichterung der internationalen Handelsgeschäfte und veröffentlicht Praxispublikationen zu Handel und Investitionen. Ausserdem vereinfacht die ICC mittels eigenständiger Institutionen wie dem Internationalen Schiedsgerichtshof oder dem «Commercial Crime Service» und zahlreicher Veranstaltungen zu Praxisfragen den Welthandel. 16 Kommissionen mit Experten aus allen Wirtschaftsbereichen arbeiten rund um den Globus für wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen. Zu einem weiteren Schwerpunkt zählt die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität. economiesuisse führt das Sekretariat des Schweizer Landesausschusses der ICC. ICC Switzerland führt auch das Sekretariat des Schweizer UN-Global-Compact-Netzwerks und koordiniert die Beteiligung an der gegen Warenfälschung gerichteten Kampagne «Stop Piracy».

[www.icc-switzerland.ch](http://www.icc-switzerland.ch)

### BIAC

Das Business and Industry Advisory Committee to the OECD (BIAC) vertritt die Interessen der Wirtschaft bei der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD). Das BIAC wurde 1962 gegründet und wird von den Dachverbänden der Wirtschaft und den Arbeitgeberorganisationen in allen OECD-Ländern getragen. Die Vertreter der Schweiz sind economiesuisse und der Schweizerische Arbeitgeberverband. Wie die ICC ist auch das BIAC eine für die Schweizer Wirtschaft bedeutungsvolle Organisation, denn beide Gremien bieten ihr wichtige Einflussmöglichkeiten auf internationaler Ebene. Gerade in Zeiten zunehmender Regulierung infolge der Finanzkrise sind diese Organe eine wichtige Möglichkeit, der Stimme der Schweizer Wirtschaft Gehör zu verschaffen.

[www.biac.org](http://www.biac.org)

# Aktivitäten

## Juli 2012 bis Juni 2013



### ALLGEMEINE WIRTSCHAFTSPOLITIK

#### VERNEHMLASSUNGEN

##### Wirtschaftspolitik allgemein

Stellungnahme zur Änderung der Jagdverordnung (28. Juni 2013)

##### Wirtschaftspolitik allgemein

Anhörung zu den Ausführungsbestimmungen zur Agrarpolitik 2014–2017 (28. Juni 2013)

##### Wirtschaftspolitik allgemein

Vernehmlassung zur Totalrevision des Bundesgesetzes zur wirtschaftlichen Landesversorgung (31. Mai 2013)

##### Wirtschaftspolitik allgemein

Vernehmlassung zur Verfassungsgrundlage für ein Bundesgesetz über die Kinder- und Jugendförderung sowie über den Kinder- und Jugendschutz (13. Februar 2013)

##### Wirtschaftspolitik allgemein

Revision des Auslandschweizer-Ausbildungsgesetzes: Stellungnahme zur Vernehmlassung von economiesuisse (28. September 2012)

##### Wirtschaftspolitik allgemein

Anhörung des BLW zum Begehren zur Mengensteuerung von Emmentaler AOC (8. September 2012)

##### Wirtschaftspolitik allgemein

Stellungnahme zum Gesuch um Ausdehnung der Selbsthilfemassnahme «Mengensteuerung» der Sortenorganisation «Emmentaler Switzerland» (3. September 2012)

#### DOSSIERPOLITIK

##### Wirtschaftspolitik allgemein

Die Schweiz braucht keine Industriepolitik (8. Mai 2013)

##### Wirtschaftspolitik allgemein

Der Handel mit Agrarrohstoffen: Fluch oder Segen? (18. März 2013)

##### Wirtschaftspolitik allgemein

Bedingungsloses Grundeinkommen? Leider nein. (1. Oktober 2012)

#### MEDIENMITTEILUNGEN

##### Konjunktur

Raue Exportmärkte, robuste Binnenwirtschaft: Die Schweiz wartet auf Europas Erholung (4. Juni 2013)

##### Wirtschaftspolitik allgemein

Positionsbezüge von economiesuisse (19. März 2013)

##### Konjunktur

Eurokrise drückt Schweizer Wachstum (3. Dezember 2012)

##### Konjunktur

Stimmungsbild der Schweizer Wirtschaft: Wachstumschancen trotz Schuldenkrise (5. November 2012)

##### Wirtschaftspolitik allgemein

Eine gute Entscheidung für die Landwirtschaft (26. September 2012)

##### Wirtschaftspolitik allgemein, Gesundheit

Signal gegen eine ausufernde Verbots-gesellschaft (23. September 2012)

#### MEDIENKONFERENZEN

##### Konjunktur

Wirtschaftslage und konjunktureller Ausblick 2013 (3. Dezember 2012)



### AUSSENWIRTSCHAFTSPOLITIK

#### VERNEHMLASSUNGEN

##### Aussenwirtschaft allgemein

Vernehmlassung zur Teilrevision des Bundesgesetzes über «Carrier Sanctions» (17. Oktober 2012)

#### POSITIONSPAPIERE / STUDIEN

##### Schweiz – EU

Seven principles of success: The story behind Swiss innovation (24. April 2013)

##### Aussenwirtschaft allgemein

Darum braucht die Schweiz die Zuwanderung (16. November 2012)

#### MEDIENMITTEILUNGEN

##### Aussenwirtschaft allgemein

Schweizer Wirtschaftsspitze trifft Chinas Ministerpräsidenten Li Keqiang: Öffnung in Zeiten des Protektionismus (24. Mai 2013)

##### Schweiz – EU

SVP-Initiative führt in europapolitische Sackgasse (3. Mai 2013)

##### Schweiz – EU

economiesuisse bedauert die Anrufung der Ventilklausel (24. April 2013)

##### Aussenwirtschaft allgemein, Schweiz – EU

economiesuisse gegen Anrufung der Ventilklausel (19. März 2013)

##### Schweiz – EU

Weiterführung des bilateralen Wegs: keine einseitige Vertiefung zulasten der Schweiz (21. Dezember 2012)

##### Aussenwirtschaft allgemein

Zuwanderung nicht für linke Politik instrumentalisieren (13. Dezember 2012)

##### Schweiz – EU

20 Jahre EWR-Nein: Bilaterale als Erfolgsgeschichte vom Volk bestätigt (30. November 2012)

##### Schweiz – EU

Bilateralismus und Personenfreizügigkeit stärken die Schweiz und ihre Wirtschaft (16. November 2012)

##### Aussenwirtschaft allgemein

Ecopop-Initiative: untaugliche Scheinlösungen (2. November 2012)

##### Aussenwirtschaft allgemein

Schweiz steht hinter den Steuerabkommen – Nun liegt der Ball bei Deutschland (2. Oktober 2012)

#### MEDIENKONFERENZEN

##### Schweiz – EU

Bilateralismus und Personenfreizügigkeit stärken die Schweiz und ihre Wirtschaft (16. November 2012)

#### VERANSTALTUNGEN IN BRÜSSEL

##### Schweiz – EU

Organisation der Veranstaltung zur dualen Bildung: «Apprenticeships: Chances and Challenges», in Unterstützung des SAV (25. April 2013)

##### Schweiz – EU

Veranstaltung zum Thema Innovation: «Unveiling the Innovation Myth: How to successfully foster innovation – Swiss and European perspective» (24. April 2013)



### STEUERN

#### VERNEHMLASSUNGEN

##### Steuern allgemein, Internationale Steuerfragen

Vernehmlassung zum Abkommen zwischen der Schweiz und den USA zur erleichterten Umsetzung von FATCA (15. März 2013)

##### Steuern allgemein, Besteuerung von Privatpersonen

Vernehmlassung Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer (5. Dezember 2012)

##### Internationale Steuerfragen

Stellungnahme zur Ausdehnung der Rechts-hilfe bei Fiskaldelikten (9. Oktober 2012)

#### POSITIONSPAPIERE / STUDIEN

##### Unternehmensbesteuerung

Steuerstandort Schweiz: Herausforderungen und Lösungen (3. Juni 2013)

## DOSSIERPOLITIK

### Unternehmensbesteuerung

Steuerstandort Schweiz: Herausforderungen und Lösungen (3. Juni 2013)

### Mehrwertsteuer

Einheitssatz bleibt beste Lösung (16. April 2013)

### Steuern allgemein, Energiebesteuerung

Ökologische Steuerreform: Ein Risiko für die Schweizer Wirtschaft (29. Januar 2013)

### Internationale Steuerfragen

Steuerstreit beenden – die Zukunft gestalten (24. September 2012)

**Steuern allgemein,  
Besteuerung von Privatpersonen**  
Pauschalbesteuerung: Nutzen und Reformbedarf (3. September 2012)

## MEDIENMITTEILUNGEN

### Unternehmensbesteuerung

Reform im Interesse von Arbeitsplätzen und Staatskasse (3. Juni 2013)

### Unternehmensbesteuerung

Vitale Reform und wichtiges Signal für den Standort (17. Mai 2013)

### Besteuerung Privatpersonen, Unternehmensbesteuerung

Hände weg von einer Reform der Erbschaftsteuer (17. Mai 2013)

### Steuern allgemein

Erbschaftsteuerinitiative schwächt Familienunternehmen (15. Februar 2013)

### Steuern allgemein

Symbiose zwischen Grossunternehmen und KMU gefährdet (8. Februar 2013)

### Unternehmensbesteuerung

Unternehmensbesteuerung – dringende Reform (7. Februar 2013)

### Steuern allgemein

Absage an schlechte Lösungen bei der Mehrwertsteuer (30. Januar 2013)

### Unternehmensbesteuerung

Staatsfinanzen: Gesichert dank Unternehmen (8. Januar 2013)

### Steuern allgemein

Deutschland muss Konsequenzen tragen (13. Dezember 2012)

### Steuern allgemein

Schweiz geht auf dem eingeschlagenen Weg weiter (23. November 2012)

### Steuern allgemein, Unternehmensbesteuerung

Gewerkschaftsbund verharmlöst Schadenspotenzial für die Schweiz (2. Oktober 2012)

### Internationale Steuerfragen

Schweiz steht hinter den Steuerabkommen – Nun liegt der Ball bei Deutschland (2. Oktober 2012)

## MEDIENKONFERENZEN

### Unternehmensbesteuerung

Steuerstandort Schweiz: Herausforderungen und Lösungen (3. Juni 2013)

### Unternehmensbesteuerung

Staatsfinanzen: Gesichert dank Unternehmen (8. Januar 2013)



## FINANZEN

### VERNEHMLASSUNGEN

### Finanzen allgemein, Staatsaufgaben

KAP 2014: Konsequente Überprüfung der Bundesaufgaben (26. November 2012)

### POSITIONSPAPIERE/STUDIEN

### Finanzen allgemein, Schuldenbremse

Schlussbericht zum «Finanzmonitor 2012» (19. Juli 2012)

## DOSSIERPOLITIK

### Finanzen allgemein, Staatsfinanzen

Gezeitenwechsel bei den Bundesfinanzen (21. November 2012)

### Schuldenbremse, Staatsfinanzen

Sozialwerke sichern – Interventionsregeln festlegen (11. September 2012)

### Schuldenbremse, Staatsfinanzen

Schuldenbremse: nachhaltig erfolgreich (11. September 2012)

### Finanzen allgemein, Staatsfinanzen

Finanzmonitor 2012: Stimmvolk für Schuldenbremse bei Sozialversicherungen (19. Juli 2012)

## MEDIENMITTEILUNGEN

### Finanzen allgemein

Eine nachhaltige Finanzpolitik ist die beste Investition in die Zukunft (20. November 2012)

### Finanzen allgemein, Schuldenbremse

Schuldenbremse bei Sozialversicherungen mehrheitsfähig (19. Juli 2012)



## INFRASTRUKTUR

### VERNEHMLASSUNGEN

### Strasse

Stellungnahme von economiesuisse zur Änderung des Bundesgesetzes über den Strassentransitverkehr im Alpengebiet (22. April 2013)

### Infrastruktur allgemein, Schiene

Bau und Finanzierung eines 4-Meter-Korridors für den Schienengüterverkehr auf der Gotthardachse (21. Dezember 2012)

### Infrastruktur allgemein, Schiene

Anhörung zur Umsetzung der EU-Richtlinien über Interoperabilität und Sicherheit (12. Dezember 2012)

### Infrastruktur allgemein, Schiene, Strasse

Verordnungsanpassungen im Rahmen des zweiten Schritts der Bahnreform 2: Personenverkehr (22. November 2012)

### Infrastruktur allgemein, Luftverkehr

Staatsvertrag Deutschland – Schweiz über das An- und Abflugregime über süddeutsches Gebiet am Flughafen Zürich (26. Oktober 2012)

### Infrastruktur allgemein

Stellungnahme zur Änderung der Verordnung der Eidgenössischen Kommunikationskommission betreffend das Fernmeldegesetz (2. Oktober 2012)

### Infrastruktur allgemein, Schiene

Vernehmlassungsantwort zur Änderung des Bundesgesetzes über die Lärmsanierung der Eisenbahnen (30. August 2012)

### Infrastruktur allgemein

Vernehmlassungsantwort zur Änderung des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen (29. August 2012)

### POSITIONSPAPIERE/STUDIEN

### Infrastruktur allgemein

Digitale Agenda 2.0: Auf dem Weg zu «Smart Switzerland» (4. Juni 2013)

### Infrastruktur allgemein

Studie «Datentresor Schweiz» (18. November 2012)

## DOSSIERPOLITIK

### Infrastruktur allgemein

Digitale Agenda 2.0: Auf dem Weg zu «Smart Switzerland» (4. Juni 2013)

### Infrastruktur allgemein

Private Initiative beim Bau von Infrastrukturen lohnt sich für alle (3. Dezember 2012)

### Infrastruktur allgemein

Datentresor: So bleibt die Schweiz ein Topstandort für Data Center (27. November 2012)

### Infrastruktur allgemein

Mit Wettbewerb und nachhaltiger Finanzierung an die Spitze (27. August 2012)

## MEDIENMITTEILUNGEN

### Telekom/IT

Wirtschaft präsentiert Vision «Smart Switzerland» (4. Juni 2013)

### Infrastruktur allgemein

Verkehrsprobleme mit Innovation und Intelligenz lösen (7. Mai 2013)

# Aktivitäten

## Juli 2012 bis Juni 2013

### Infrastruktur allgemein

RPG-Revision: Nein von Wirtschaft, Landwirtschaft und Gemeinden (4. Februar 2013)

### VERANSTALTUNGEN

Mobilität 2030: Innovationen zur Lösung der Verkehrsprobleme in der Schweiz (7. Mai 2013)



### ENERGIE UND UMWELT

#### VERNEHMLASSUNGEN

#### Energie und Umwelt allgemein, Stromversorgung

Vernehmlassung zur Parlamentarischen Initiative «Freigabe der Investitionen in erneuerbare Energien ohne Bestrafung der Grossverbraucher (UREK-N)» (19. November 2012)

#### Energie und Umwelt allgemein

Stellungnahme zur Vernehmlassung zur Änderung des Gewässerschutzgesetzes (Verursachergerechte Finanzierung der Elimination von Spurenstoffen im Abwasser) (3. September 2012)

#### Energie und Umwelt allgemein

Stellungnahme zur Vernehmlassung zur Genehmigung des Nagoya-Protokolls und dessen Umsetzung (BG über den Natur- und Heimatschutz) (29. August 2012)

#### Energie und Umwelt allgemein

Verordnung über die Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen: Stellungnahme zur Anhörung (3. August 2012)

### POSITIONSPAPIERE / STUDIEN

#### Energiebesteuerung

Studie zur Fiskalisierung des Elektrizitätseinsatzes (30. Januar 2013)

#### Energie und Umwelt allgemein

Studie «Energy Reform in Switzerland: A Quantification of Carbon Taxation and Nuclear Energy Substitution Effects» (30. Januar 2013)

### DOSSIERPOLITIK

#### Energie und Umwelt allgemein

Studie zur Energiestrategie 2050: Wettbewerbsfähigkeit in Gefahr (30. Januar 2013)

### MEDIENMITTEILUNGEN

#### Energie und Umwelt allgemein

Energiestrategie: Zwei Dekaden Wachstumseinbussen? (30. Januar 2013)

### Energie und Umwelt allgemein, Klimapolitik

Schweiz bietet idealen Nährboden für Green Economy (18. Januar 2013)

#### Energiebesteuerung

Stromsteuern gefährden Wettbewerbsfähigkeit (28. Dezember 2012)

#### Energie und Umwelt allgemein

Nein zu energiepolitischen Schnellschüssen (16. November 2012)

#### Energie und Umwelt allgemein

Klaren Wein einschenken bei der Energiestrategie (28. September 2012)

#### Energie und Umwelt, Forschung und Technologie

Wirtschaft kann fast 20 Prozent Strom sparen (17. September 2012)

### MEDIENKONFERENZEN

#### Energie und Umwelt allgemein

Energiestrategie: Zwei Dekaden Wachstumseinbussen? (30. Januar 2013)



### BILDUNG UND FORSCHUNG

#### VERNEHMLASSUNGEN

#### Forschung

Vernehmlassung zur Änderung des Gentechnikgesetzes und Koexistenzverordnung (15. Mai 2013)

#### Bildung allgemein

Vernehmlassung zur Teilrevision der Verordnung über die eidgenössische Berufsmaturität (7. Mai 2013)

#### Bildung allgemein, Hochschulpolitik

Vernehmlassung zur Totalrevision des Bundesgesetzes vom 6. Oktober 2006 über Beiträge an die Aufwendungen der Kantone für Stipendien und Studiendarlehen im tertiären Bildungsbereich (15. Februar 2013)

#### Bildung allgemein, Hochschulpolitik

Anhörung zur Vereinbarung zwischen Bund und Kantonen über die Zusammenarbeit im Hochschulbereich (ZSAV) (1. Oktober 2012)

#### Bildung allgemein

Revision des Auslandschweizer-Ausbildungsgesetzes: Stellungnahme zur Vernehmlassung von economiesuisse (28. September 2012)

### POSITIONSPAPIERE / STUDIEN

#### Innovation

Broschüre «Seven principles of success: The story behind Swiss innovation» (April 2013)

### MEDIENKONFERENZEN

#### Forschung

Medienhintergrundgespräch zum Thema «Chancen und Risiken der grünen Gentechnik in der Schweiz» (13. Mai 2013)



### REGULATORISCHES

#### VERNEHMLASSUNGEN

#### Finanzmarktregulierung

Ganzheitliche, international eingebettete Finanzmarktstrategie erwünscht (17. Juni 2013)

#### Regulatorisches allgemein

Vernehmlassung zum Zusammenarbeits- und Souveränitätsschutzgesetz (31. Mai 2013)

#### Finanzmarktregulierung

Anhörung Rundschreiben «Marktverhaltensregeln» (13. Mai 2013)

#### Finanzmarktregulierung

Vernehmlassung zur Revision der Nationalbankverordnung (3. Mai 2013)

#### Verfahrensrecht

Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes vom 18. März 2005 über das Vernehmlassungsverfahren (8. April 2013)

#### Abbau Bürokratie

Vernehmlassung: Abbau überflüssiger Bürokratie darf nicht an der Besitzstandswahrung der kantonalen Handelsregister und (freien) Notariate scheitern (5. April 2013)

#### Finanzmarktregulierung

Anhörung zur Teilrevision FINMA-RS 09/1 «Eckwerte zur Vermögensverwaltung» (3. April 2013)

#### Finanzmarktregulierung

Stellungnahme zum Hearingbericht über die Stossrichtungen möglicher Regulierung im Finanzdienstleistungsgesetz (FIDLEG) (28. März 2013)

#### Regulatorisches allgemein

Vernehmlassung zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Öffentliche Beurkundung) (26. März 2013)

#### Abbau Bürokratie

Regulierungsabbau bei der öffentlichen Beurkundung (26. März 2013)

#### Finanzmarktregulierung

Vernehmlassung zum Abkommen zwischen der Schweiz und den USA zur erleichterten Umsetzung von FATCA und Entwurf für ein Bundesgesetz über die Umsetzung dieses Abkommens (15. März 2013)

---

### Finanzmarktregulierung

Vernehmlassung zur Einschränkung der Swiss GAAP FER (14. Februar 2013)

### Regulatorisches allgemein

Vernehmlassung zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (Beurkundung des Personenstands und Grundbuch) (21. Dezember 2012)

### Konsumentenpolitik

Vernehmlassung «Mehr Konsumentenschutz und weniger Missbräuche beim Telefonverkauf» (19. Dezember 2012)

### Finanzmarktregulierung

Anhörung zur Änderung der Börsenverordnung (18. Dezember 2012)

### Finanzmarktregulierung

Vernehmlassung zur Revision des Kotierungsreglements (11. Dezember 2012)

### Wirtschaftsstrafrecht

Erweiterung der Kognition bei Beschwerden in Strafsachen ist zweckmässig (5. Dezember 2012)

### Regulatorisches allgemein, Abbau Bürokratie

Verzicht auf Arbeitszeiterfassung ist sinnvoll (29. November 2012)

### Unternehmensrecht und Corporate Governance

Anhörung zur Inkraftsetzung des neuen Rechnungslegungsrechts und Erlass der neuen Verordnung über die anerkannten Standards zur Rechnungslegung (VASR) sowie zur Teilrevision der Revisionsaufsichtsverordnung (RAV) (25. September 2012)

### Regulatorisches allgemein

Konsultation zur Subunternehmerhaftung des Erstunternehmers im Rahmen der flankierenden Massnahmen sowie im Beschaffungsrecht des Bundes (20. Juli 2012)

### Regulatorisches allgemein

Vernehmlassung zur Revision des Bundesgesetzes über Zertifizierungsdienste im Bereich der elektronischen Signatur (11. Juli 2012)

### POSITIONSPAPIERE / STUDIEN

### Unternehmensrecht und Corporate Governance

Richtlinien für Institutionelle Investoren zur Ausübung ihrer Mitwirkungsrechte bei Aktiengesellschaften (21. Januar 2013)

### Unternehmensrecht und Corporate Governance

Studie: «Mehr oder Minder?» Gegenvorschlag und Minder-Initiative (11. Dezember 2012)

---

### Regulatorisches allgemein, Unternehmensrecht und Corporate Governance

Studie: Eidgenössische Volksinitiative «gegen die Abzockerei» sowie Revision des Obligationenrechts als indirekter Gegenvorschlag: Aspekte im internationalen Quervergleich (11. November 2012)

### DOSSIERPOLITIK

### Regulatorisches allgemein

Normen: ein wirksames Instrument der Selbstregulierung (29. April 2013)

### Unternehmensrecht und Corporate Governance

Mehr Frauen in Führungspositionen – Ziele statt Quoten! (17. Dezember 2012)

### Regulatorisches allgemein, Konsumentenpolitik

Detailhandel im Wandel: bessere Bedingungen nötig (2. Juli 2012)

### MEDIENMITTEILUNGEN

### Regulatorisches allgemein, Wirtschaftspolitik

Negatives Signal für den Wirtschaftsstandort Schweiz (3. März 2013)

### Regulatorisches allgemein

Video von Michael Steiner wird nicht ausgestrahlt (13. Februar 2013)

### Unternehmensrecht und Corporate Governance

Breite Trägerschaft publiziert Richtlinien für Institutionelle Investoren (21. Januar 2013)

### Unternehmensrecht und Corporate Governance

Neue Studie: Vorteile des Gegenvorschlags überwiegen (11. Dezember 2012)

### Regulatorisches allgemein, Unternehmensrecht und Corporate Governance

Rechtsvergleich: Minder-Initiative isoliert die Schweiz (11. November 2012)

### Unternehmensrecht und Corporate Governance

Resolution für eine praxistaugliche Stärkung der Aktionärsrechte (23. Oktober 2012)

### MEDIENKONFERENZEN

### Unternehmensrecht und Corporate Governance

Präsentation der Richtlinien für Institutionelle Investoren zur Ausübung ihrer Mitwirkungsrechte bei Aktiengesellschaften (21. Januar 2013)

### Regulatorisches allgemein, Unternehmensrecht und Corporate Governance

Rechtsvergleich: Minder-Initiative isoliert die Schweiz (11. November 2012)

---

### VERANSTALTUNGEN

### Regulatorisches allgemein

Inputveranstaltung Konfliktfeld Raumentwicklung: Herausforderungen, Perspektiven und Antworten aus Sicht der Wirtschaft (28. Juni 2013)



### WETTBEWERB

### VERNEHMLASSUNGEN

### Gesundheitsmarkt

Einheitskasse: für eine rasche Abstimmung ohne Gegenvorschlag (29. Mai 2013)

### Wettbewerb allgemein

Vernehmlassung: Öffentliches Beschaffungswesen. Ausbildung von Lehrlingen als Kriterium (18. März 2013)

### Wettbewerb allgemein, Investitionshemmnisse

Referendum Raumplanungsgesetz (5. Dezember 2012)

### Gesundheitsmarkt

Anhörung 2012 zu drei Empfehlungen von «eHealth Suisse» (9. November 2012)

### Gesundheitsmarkt

Stellungnahme zur vorübergehenden Wiedereinführung der bedarfsabhängigen Zulassung (6. November 2012)

### POSITIONSPAPIERE / STUDIEN

### Kartellrecht

Faktenblatt: Motion Birrer-Heimo ist ökonomisch falsch und praktisch nicht durchsetzbar (12. Oktober 2012)

### DOSSIERPOLITIK

### Gesundheitsmarkt

Das Monopol Einheitskrankenkasse: eine teure Idee (22. April 2013)

### Wettbewerb allgemein, Immaterialgüterrecht

Innovatives Markenland Schweiz: ein Lagebericht (18. Januar 2013)

### Kartellrecht

Eine «Lex Nivea» für «gerechte» Preise? (3. Dezember 2012)

### MEDIENMITTEILUNGEN

### Gesundheitsmarkt

Zulassungsstopp schadet Patienten und Ärztenachwuchs (11. Januar 2013)

### Gesundheitsmarkt

Signal gegen eine ausufernde Verbots-gesellschaft (23. September 2012)

# Aktivitäten

## Juli 2012 bis Juni 2013

---

### ECONOMIESUISSE INTERN

---

#### MEDIENMITTEILUNGEN

Repositionierung von economiesuisse (19. Juni 2013)

HIV Kanton Bern und economiesuisse: Gemeinsames Engagement für einen attraktiven Wirtschaftsstandort (15. Mai 2013)

In Kontakt mit der zentralschweizerischen Wirtschaft (24. April 2013)

Susanne Brunner wird neue Delegierte in Bern (11. April 2013)

economiesuisse: Begegnung mit den Walliser KMU (2. April 2013)

Neues Mitglied bei economiesuisse (18. März 2013)

Erste Analyse zur Stärkung des Verbands (12. März 2013)

Verband der Uhrenindustrie FH kündigt Mitgliedschaft (28. Februar 2013)

Frank Marty neuer Leiter Finanzen und Steuern (15. November 2012)

Stabsübergabe bei economiesuisse (1. Oktober 2012)

economiesuisse wählt neue Vorstandsmitglieder (31. August 2012)

Sechs neue Mitglieder bei economiesuisse (31. August 2012)

Rudolf Wehrli neuer Präsident von economiesuisse (30. August 2012)

#### MEDIENKONFERENZEN

Repositionierung von economiesuisse (19. Juni 2013)

economiesuisse-Jahresmedienkonferenz 2013: Nachhaltigkeit und wirtschaftspolitische Agenda 2013 (17. Januar 2013)

#### VERANSTALTUNGEN

Direktoren- und Geschäftsführerkonferenz 2013 (24. April 2013)

Direktoren- und Geschäftsführerkonferenz (22. November 2012)

Tag der Wirtschaft 2012: Wissenschaft und Wirtschaft: ein schlagkräftiges Tandem (31. August 2012)

---



---

### SESSIONEN

---

#### PARLAMENTARIERTREFFEN

Die schweizerische Unternehmensbesteuerung zwischen Wettbewerb und Anpassung (3. Juni 2013)

Total Tax Contribution oder: Warum Schweizer Unternehmen eine zentrale Rolle als Steuerzahler und Steuereinzahler spielen (4. März 2013)

Der neue Präsident stellt sich vor (26. November 2012)

Finanzpolitische Herausforderungen bei den Sozialversicherungen (10. September 2012)

#### SESSIONSBERICHTE

Sessionsvorschau und -bericht zur Sommersession 2013

Sessionsvorschau und -bericht zur Sondersession Nationalrat 2013

Sessionsvorschau und -bericht zur Frühjahrsession 2013

Sessionsvorschau und -bericht zur Wintersession 2012

Sessionsvorschau und -bericht zur Herbstsession 2012

---



economiesuisse  
Verband der Schweizer Unternehmen  
Hegibachstrasse 47  
Postfach  
CH-8032 Zürich

economiesuisse  
Fédération des entreprises suisses  
Carrefour de Rive 1  
Case postale 3684  
CH-1211 Genève 3

economiesuisse  
Verband der Schweizer Unternehmen  
Spitalgasse 4  
Postfach 304  
CH-3000 Bern 7

economiesuisse  
Federazione delle imprese svizzere  
Corso Elvezia 16  
Casella postale 5563  
CH-6901 Lugano

economiesuisse  
Swiss Business Federation  
Avenue de Cortenbergh 168  
B-1000 Bruxelles

[www.economiesuisse.ch](http://www.economiesuisse.ch)